Sonnabend, 14. November 1925. Einzelnummer 15 Groschen mit illustrierter Beilage 30 Gr. 64. Jahrgang. Nr. 264.

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatlich Złoty
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Złoty,
in deutscher Währg. 5 R.-M.
ausschließlich Postgebühren.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.



Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild".

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen.
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Michail Frunse.

(Von unserem Moskauer Mitarbeiter.)

E. U. **Moskau**, Anfang November.

Aehnlich wie nach Lenins Tode ist man auch jetzt wieder im Kreml in einer peinlichen Situation. Michail Frunse, der verdienstvolle bolschewistische Heerführer und Präsident des Obersten Kriegs- und Revolutionsrates, ist an den Folgen einer Darmoperation gestorben, nachdem er genau neun Monate das Amt des verdrängten Trotzki als Volkskommissar für Heer und Marine bekleidet hatte.

Michail Frunse, dessen Name breiteren Kreisen im Ausland erst im Frühjahr dieses Jahres bekannt geworden ist, hat im Leben und am Ausbau der Sowjetunion eine der hervorragendsten Rollen gespielt. Seine Verdienste um den Sieg der kommunistischen Revolution sind kaum geringer als die Trotzkis. Er ist der Sohn eines Bauern aus Turkestan. Seine früheste Jugend verbrachte Frunse in Taschkent, studierte dann am Technologischen Institut in Petersburg. Schon als Student war er ein überzeugter Anhänger der sozialistischen Bewegung. Seine revolutionäre Tätigkeit brachte ihm zunächst die Entfernung von der Hochschule ein, dann mußte er sogar jahrelang in Sibirien in der Verbannung leben. Interessant ist die Feststellung, daß Frunse als der eigentliche Vater der Soldatenräte anzusprechen ist. Schon im Jahre 1915 liefen seine Bestrebungen auf die Schaffung derartiger Räte hinaus, die dann als Keimzellen der revolutionären Propaganda dienen sollten. Zu Einfluß und Macht kam Frunse indessen erst nach der russischen Revolution. Daß es dem Kommunismus geglückt ist, die weißgardistische Bewegung in Rußland zu liquidieren, ist mit in erster Linie auf die taktische Kriegsführung Frunses zurückzuführen. Koltschak und Wrangel sind ihm zum Opfer gefallen. An der Südfront kommandierte er vier Armeekorps, er leitete die kriegerischen Operationen an der turkestanischen Front und an der Südfront gegen Wrangel. Überragende Bedeutung errang Frunse im Jahre 1921, als er zum Militärkommissar und Oberkommandierenden sämtlicher Streitkräfte in der Ukraine und Krim ernannt wurde. Im Jahre 1924 wurde Frunse zum Stellvertreter Trotzkis mit der eindeutigen Absicht ernannt, eine Kontrollstelle über Trotzkis Tätigkeit innerhalb der Armee einzurichten. Daß die Beziehungen zwischen den beiden Männern daher alles andere als freundschaftliche genannt werden konnten, bedarf keiner weiteren Erklärung. Als Trotzki 1924 dann seinen „Krankheitsurlaub" im Kaukasus absolvierte, hatte Frunse die beste Gelegenheit, die ganzen Geschäfte des Kriegskommissariats in seine Hände zu bringen. Nach Trotzkis Rückkehr konnte von seinen Gegnern dann mit Erfolg der Beweis angetreten werden, daß von einer Unersetzlichkeit Trotzkis keine Rede sein könnte, und ein fähigerer Nachfolger bereits vorhanden sei.

Schon mit der Nennung des Namens Trotzki ist die augenblickliche Lage gekennzeichnet. In der Sowjetunion beweint man im Augenblick nicht nur den Tod eines der fähigsten Kommunisten, nein, man ist auch unangenehm davon berührt, daß einer der wichtigsten Posten im Staate neu besetzt werden muß, ohne daß man wüßte, wie diese Frage gelöst werden soll. Als Lenin starb, lagen die Dinge weit weniger kompliziert. Ein ebenbürtiger Ersatzmann für den ersten Posten im Staate war nicht vorhanden. So konnte es wenig genieren, die Stellung des Toten einfach mit einem Triumvirat zu besetzen. Ganz anders liegen die Dinge heute. Nach einem ebenbürtigen Nachfolger brauchte eigentlich nicht erst lange gesucht zu werden, denn Trotzki würde keinen Augenblick zögern, auf seinen alten Posten zurückzukehren, wenn er ihm angeboten werden sollte. Mit dieser Möglichkeit ist aber so gut wie gar nicht zu rechnen. Im Gegenteil, alle Anzeichen sprechen dafür, daß man im Kreml nichts mehr befürchtet, als eine Rückkehr Trotzkis in das Volkskommissariat für Heer und Flotte. Von Regierungsseite wird zwar in der Oeffentlichkeit behauptet, daß der Tod Frunses vollkommen unerwartet erfolgt ist und mit einem tödlichen Ausgang der Operation gar nicht gerechnet worden sei. Eine Komplikation, die durch ein Herzleiden Frunses heraufbeschworen wurde, hätte das Ende des roten Kriegsministers herbeigeführt. Diese Auslassungen erscheinen in einem eigentümlichen Lichte, wenn man weiß, daß auch Trotzki unmittelbar vor der Operation Frunses „erkrankt" und unvermutet nach dem Kaukasus abgereist ist. Sollte man von dem bevorstehenden Ende Frunses nicht damals schon überzeugt gewesen sein? Die plötzliche „Erkrankung" Trotzkis und seine jetzige Reise nach dem Kaukasus sieht ganz danach aus, als ob sie auf einen Wink von oben hin erfolgt wäre, um Trotzki bei dem Wettrennen um die Neubesetzung des Postens nach Möglichkeit auszuschalten.

Während der Stellvertreter Frunses, Joseph Unschlicht, einstweilen die Geschäfte des Kriegskommissariats weiterführt, ist der geheime Kampf um die Nachfolge bereits in aller Schärfe entbrannt. Die Intrige steht im innerpolitischen Leben der Sowjetunion wieder einmal in höchster Blüte. Am häufigsten werden im Zusammenhang mit der Neubesetzung des Volkskommissariats für Heer und Flotte die Namen Dserschinski, Woroschilow, Unschlicht und Budjenny genannt. Wer von den Genannten das Rennen machen wird, ist schwer vorauszusagen. Schon das vollkommen unterschiedliche Wesen der Namenträger zeigt in aller Deutlichkeit, daß man auf jede Überraschung gefaßt sein muß, denn einen natürlichen Nachfolger gibt es nicht, wie dies nach der Verjagung Trotzkis in der Person Frunses der Fall war. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird man sich im Kreml wohl dazu entschließen, an Stelle Frunses eine möglichst farblose Persönlichkeit zu ernennen, die wenig Eigenwillen besitzt und daher auch ein gefügiges Werkzeug der Parteileitung darstellen wird. Eine endgültige Entscheidung über die Neubesetzung des freigewordenen Postens wird indessen erst auf dem im Laufe des Dezembers stattfindenden Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands erfolgen. Bis dahin wird aller Wahrscheinlichkeit nach Joseph Unschlicht, ein Jude aus dem Posener Gebiet, das Volkskommissariat für Heer und Flotte weiterleiten.

Der deutsche Klub zum Sanierungsgesetz.

Rede des Abgeordneten Zerbe zu dem Gesetz über die Mittel zur Milderung der Wirtschafts- und Finanzkrisis in Polen, gehalten in der Sejmsitzung am 11. November d. Js.

Hoher Sejm! Zu dem Exposé des Herrn Premiers Grabski sowie dem Budgetvoranschlag für das Jahr 1926 haben wir eine ablehnende Stellung eingenommen. Nicht nur die darin von dem Herrn Premier vorgelegten Pläne zur Linderung der Finanz- und Wirtschaftsnot unseres Staates, sondern in einem noch viel größerem Maße seine bisherige Tätigkeit geben uns keine Garantie, daß die seinerzeit begonnene Sanierungsaktion unseres Wirtschaftslebens zu einem befriedigenden Ergebnis geführt werden wird. Der Herr Premier bestreitet es nicht, daß die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftslage unseres Staates äußerst kritisch ist. Eine Besserung dieser Lage erblickt der Herr Premier in einer Reihe von ihm eingebrachter Gesetze.

In dem Gesetz über die Bevollmächtigung der Regierung zur Aufnahme ausländischer Anleihen sowie über die Staatsschatzanweisungen der Bilons und der Hilfe für die Kreditinstitutionen sollen sich nach Ansicht des Premierministers diejenigen Mittel befinden, die ihm gestatten, gemeinsam mit noch anderen anzuwendenden Mitteln in durchgreifender Weise auf die Krise der Staats- sowie Privatwirtschaft einzuwirken.

Der Herr Premier, der ein

Liebhaber von Vollmachten

ist und ohne diese in keinem Falle bestehen kann, fordert auch in diesem Falle vom Sejm weitgehende Vollmachten zur Aufnahme ausländischer Anleihen in der Höhe von 600 000 000 Złoty. Der Herr Finanzminister soll bevollmächtigt werden, zwecks Sicherstellung der ausländischen Anleihe eines der staatlichen Monopole auf Bedingungen, **die er selbst festlegen wird,** zu verpfänden.

Hoher Sejm! In der heutigen Situation erkennen wir die Notwendigkeit von ausländischen Anleihen für unser Wirtschaftsleben an. Wir können jedoch die Regierung nicht freisprechen von der Schuld, daß sie alle bisherigen Anleihen für Polen sehr ungünstig abgeschlossen hat. Auch ist bis heute dem Sejm und den Kommissionen nicht bekannt, auf welchen Bedingungen der Premierminister die bisherigen Anleihen aufgenommen und wie er sie verwendet hat. Der Sejm verlangt fortwährend von dem Herrn Premier Aufklärungen, **doch der Herr Premier schweigt.**

Wir würden einer Regierung, die unser Vertrauen verdient, auch die Vollmachten zur Aufnahme von ausländischen Anleihen auf den Bedingungen, die vom Herrn Premier vorgelegt wurden, geben; **verweigern müssen wir sie aber einer Regierung, welche die heutige verzweifelte Lage auf unwiderlegbare Weise verschuldet hat.** Die Kritik an der jetzigen Regierung Grabski, deren wir Zeuge waren, war derart ausgiebig, daß es genügt, nur kurz darauf einzugehen. Wir geben uns aber keinen Illusionen hin, daß das irgend welchen positiven Einfluß auf den Herrn Premier ausüben wird. Der Herr Premier hat sich nie die berechtigtsten Bemerkungen und Fingerzeige zu Herzen genommen.

Hoher Sejm! Eine der

Hauptursachen unserer Wirtschafts- und Finanznot

ist unser Staatsbudget, welches in keiner Weise der Wirtschaftsstärke der Bevölkerung Rechnung trägt. Die Ausgaben sind größer als die Einnahmen, und letztere übersteigen bei weitem die Steuerfähigkeit der Bevölkerung. Ohne Rücksicht auf die warnende Stimme, im Rahmen der Möglichkeit zu wirtschaften, halten sich sowohl die Regierung als auch die Mehrheit des Sejm an den Grundsatz der Szlachta: „Zastaw się, a postaw się!" (Pfände Dich, doch spiele den Herrn.) Wir mußten erst in die heutige kritische Wirtschaftslage hineingeraten, damit die Regierung und der Sejm endlich erkennen, daß das Staatsbudget des laufenden Jahres in der Höhe von zwei Milliarden 200 Millionen uns den Todesstoß versetzt hat. Und anstatt jetzt, wo es auf Tod und Leben unseres Staates und seiner Bürger ankommt, daraus die Lehre zu ziehen und unser Budget dem realen Leben anzupassen, hat dies die Regierung nicht getan, und wir haben keine Gewähr, daß sie dies gemeinsam mit dem Sejm in Zukunft tun wird. Die Regierung hat nicht das Recht, darüber hinwegzugehen, daß das Volk nicht mehr den Weg — wenn ich mich so ausdrücken darf: den Steuerweg —, wie ihn Herr Grabski vorgezeichnet hat, gehen kann. Die Regierung und der Sejm müssen der Gesellschaft zeigen, daß sie **ihre Pläne dem realen Leben anzupassen verstehen;** sie müssen bedeutende Reduzierungen in unseren staatlichen Ausgaben vornehmen, ganz besonders bei den **unproduktiven Ausgaben des Kriegs- und Innenministeriums.**

Hoher Sejm! Läßt das Gewissen es überhaupt zu, der Regierung Vollmachten für neue Anleihen zu geben, wenn die Regierung nicht in der Lage ist, die Korruption und Defraudation zu bekämpfen? Auf allen Gebieten der staatlichen sowie öffentlichen Wirtschaft werden die Groschen des Volkes gestohlen, ohne die geringste Angst vor der Verantwortung. Bei der heutigen Führung der Staatswirtschaft ist der Diebstahl der öffentlichen Gelder so groß, daß sogar die größten Opfer an Steuern und Abgaben zu einer Besserung der wirtschaftlichen Lage unseres Staates nicht beitragen werden. Sogar diese den Veruntreuungen so indifferent gegenüberstehende Regierung müßte diese Verbrechen, welche unsere Staatswirtschaft demoralisieren, und uns dem

Spott des Auslandes

aussetzen, ans Tageslicht bringen.

Wir haben ernste Zweifel, daß die Anleihe zweckmäßig und zum Nutzen des Staates verwendet wird. Wir haben keine Gewähr dafür, daß auch diese Anleihe nicht zwecklos in einigen Monaten verbraucht wird. Es würde dies nur eine Verlängerung unseres wirtschaftlichen Siechtums bedeuten. Gleichfalls schauen wir auf die Aufnahme von Anleihen in der Höhe von 200 Millionen für die Aufrechterhaltung des Złotykurses — **von dieser Summe sollen übrigens schon 120 Millionen für die bisherigen Interventionen ausgegeben sein** — wie auf eine Verausgabung von gesundem guten Gelde für eine deprimierte Valuta. **Ich bin der Ansicht, daß die Erschütterungen unseres Złotykurses in erster Reihe verursacht worden sind durch die allgemeine wirtschaftliche Krise und das Mißtrauen des Auslandes sowie unserer Bevölkerung zu unserer Staatswirtschaft. Unsere Staatspolitik geht, sei es aus diesem oder jenem Grunde, nicht in der Richtung der Erreichung einer positiven Handels- und Zahlungsbilanz. Wir sind der Meinung, daß mit der Besserung unserer wirtschaftlichen Lage der Kurs unseres Złoty auch ohne teure Interventionen sich gleichfalls bessern wird.**

Die Abänderung des Art. 1 des Gesetzes vom 15. Juli 1925 in der Richtung der Bevollmächtigung des Finanzministers zur Herausgabe einer Emission von Staatsschatzanweisungen in der Gesamtsumme von 100 Millionen Złoty mit einem Zahlungstermin der einzelnen Serien, der nicht 1 Jahr überschreiten darf, soll nach Ansicht des Premierministers eine Erleichterung des Geldumlaufes herbeiführen, und wird gleichfalls nach der Meinung des Herrn Premiers keine sogenannte „versteckte" Inflation in sich bergen. Wer kann uns aber dessen versichern — der Premierminister bestimmt nicht —, daß die Einziehungstermine dieser Staatsschatzanweisungen auch eingehalten werden? Ist der Herr Premier in der Lage, zu behaupten, daß die zukünftige Finanzlage unseres Staates ihm erlauben wird, diese Schatzanweisungen aus dem Verkehr zu ziehen? Der Herr Premier hat sich immer gegen die Einführung einer zweiten Valuta gewandt. Wir wollen nicht darüber urteilen, ob diese seine Stellungnahme richtig ist, wir sind aber überzeugt, daß die Nichteinziehung der geplanten Schatzanweisungen in den vorgesehenen Terminen zu einer

zweiten Währung

und zwar zu einer ungedeckten, führen würde. Es würde dies der Valutaspekulation Tür und Tor öffnen, und die Regierung würde nicht mehr die Wirtschaftslage meistern, **sondern das Wirtschaftsleben die Regierung.**

Was nun den Art. 5 anbetrifft, so wollen wir nur feststellen, daß dieser Artikel gesetzlich den Umlauf der Münzen und Hilfsgeldscheine regelt. Ungesetzlich aber ist diese Höhe des Umlaufs schon jetzt erreicht.

Im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftskrise sieht der Finanzminister sowie die Mehrheit der Kommission die Erteilung von Krediten an die Bankinstitutionen als eine Notwendigkeit an. Diese Hilfe soll sich auf 100 Millionen Złoty beziffern. Die Banken in Polen haben mit sehr wenigen Ausnahmen sehr wenig Eigenkapital. Ihre Tätigkeit ist schon seit langer Zeit untergraben: 1. Der Aktienhandel ruht aus wirtschaftlichen Gründen vollständig. 2. Die Kreditoperationen vermittels der Spareinlagen sind illusorisch geworden, weil es fast niemand mehr gibt, der Ersparnisse den Banken überweisen könnte, und sollten solche Leute vorhanden sein, so hält sie das Mißtrauen zu den Privatbanken davon ab, ihre Ersparnisse denselben zu überweisen. Ebenfalls öffentliches Geheimnis ist es, daß das Diskontogeschäft der Banken, welches früher zu ihrer Haupttätigkeit zählte, nur durch Rediskonto in der Bank Polski bestritten wird. In Anbetracht eines solchen Zustandes darf wohl die Frage gestellt werden, ob unser Bankwesen, wie es heute besteht, noch ein Existenzrecht besitzt. Wir sehen keine Notwendigkeit, daß die Spekulation in Aktien bei Besserung der wirtschaftlichen Lage wieder Platz greift. Wir sehen auch keine Notwendigkeit, mit den Mitteln des Staates und der Gesellschaft den Privatinstitutionen die Möglichkeit zur Erreichung von Gewinnen aufzubauen. Das private Bankwesen ist unserer Ansicht nach reif zur Verstaatlichung. Deshalb sind wir Gegner jeglicher Hilfe für private Kreditinstitutionen. Wir fordern dagegen die Ausdehnung des Tätigkeitsbereichs der Staatsbanken im Sinne der Befriedigung der Bedürfnisse unseres wirtschaftlichen Lebens. Die im Gesetz vorgesehene Erhöhung des staatlichen Wirtschaftsfonds wird gleichfalls eine Hilfe für das Wirtschaftsleben bedeuten.

Hoher Sejm! Die Regierung Grabski ging

einen falschen Weg,

denn sie belastete die Bevölkerung mit unverhältnismäßig großen Steuern zu Gunsten des Staates, anstatt den Wohlstand der Bevölkerung zu allererst zu heben und zu befestigen. Ein guter Wirt schlägt den entgegengesetzten Weg ein. Das Sinken des Złotykurses bedeutet für die arbeitende Bevölkerung nichts anderes als die Entwertung ihrer Arbeit. Die Verringerung des Kapitals im Staate bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Vergeudung der durch die Arbeiterschaft erarbeiteten Werte. Schlecht muß es sein im Staate Polen, wenn klassenbewußte Vertreter des arbeitenden Volkes durch Stützung des Kabinetts Grabski gezwungen sind, den vollständigen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft, die unzweifelhaft feindlich zur Arbeiterklasse eingestellt ist, aufzuhalten. Niemand wird es uns übelnehmen können, wenn wir der Regierung, die uns keine Gewähr einer rationellen staatlichen Wirtschaft gibt, die Vollmachten verweigern.

Auch durch Erlangung einer

ausländischen Anleihe

wird die Regierung das Sanierungswerk nicht vollbringen. Eine radikale Änderung des Wirtschaftssystems ist erforderlich. Wir können uns nicht auf Gnade und Ungnade der Regierung ausliefern. Die ganze Bevölkerung ist gegen die Regierung des Herrn Grabski. Diesem wird auch nicht eine Sejmmehrheit widersprechen können, die für dieses Gesetz stimmen würde.

Wir, als die Vertreter des deutschen arbeitenden Volkes, sowie unser Klub stimmen für die Streichung des Art. 1 des zur Beratung stehenden Gesetzes.

Die Sanierungsgesetze in 2. Lesung angenommen.

Das Sanierungsgesetz ist gestern im Sejm in zweiter Lesung angenommen worden. Der grundsätzliche Antrag des Abg. Byrka auf Ablehnung des Artikels 1 des Gesetzes wurde mit 181 gegen 157 Stimmen abgelehnt. Die Verbesserung des Abg. Socha auf Bestimmung von 50 Millionen für die Landwirtschaft fand keine Mehrheit. Die Verbesserung des Abg. Moraczewski auf Streichung des Artikels 6 des Gesetzes, der von der Ermächtigung des Finanzministers zur Gewährung von Anleihen an Kreditinstitutionen spricht, die sie gebrauchen können, wurde mit zwei Stimmen Mehrheit angenommen. Der Nationale Volksverband will einen Antrag auf Wiedereinführung des gestrichenen Artikels des Gesetzes einbringen. Zu Artikel 2 und 3 wurden nur kleine stilistische Verbesserungen eingeführt. Der vorerwähnte Antrag des Abg. Socha fiel mit einer Mehrheit von 26 Stimmen. Zu Artikel 4 wurde die Verbesserung angenommen, daß das Projekt des Statuts des Wirtschaftsfonds im Sejm im Laufe von 14 Tagen eingebracht werden soll. Bei der Abstimmung über den Antrag des Abg. Moraczewski kam ein Stimmenverhältnis von 171 zu 169 für den Antrag zustande. Andere Verbesserungen wurden abgelehnt und das ganze Gesetz gelangte in zweiter Lesung zur Annahme.

Der Gesetzentwurf über die Aufnahme einer Auslandsanleihe in Dollars wurde nach einer kurzen Rede des Abg. Byrka, der für das Gesetz sprach, an die Haushaltskommission verwiesen. Der Sejm gab dann weiter auch das Projekt der Novelle zum Gesetz über die Vermögenssteuer an die Kommission. Auf der Tagesordnung der heutigen Sejmsitzung, die auf 3 Uhr nachmittags anberaumt ist, steht an erster Stelle der Antrag der Wyzwolenie auf Auflösung des Sejm.

Rücktrittsgesuch des Arbeitsministers Sokal

Dem „Kurjer Poznański“ wird aus Warschau gemeldet: „Der Arbeitsminister Sokal, der gegenwärtig in Rom weilt, hat an die Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem er den Ministerpräsidenten darum bittet, ihn seines Amts zu entheben. In politischen Kreisen herrscht die Überzeugung, „daß das Rücktrittsgesuch in diesen Tagen günstig erledigt werden wird“. Hier wird die Frage aufgeworfen, was man unter der „günstigen Erledigung“ zu verstehen hat.

Die Sejmkommission für Arbeitsfragen führte die Diskussion über die Arbeitslosenfrage im Bericht des Vizeministers Jankowski fort. Es wurde eine Resolution des Abg. Geistlichen Styczyński vom Nationalen Volksverband angenommen, in der es heißt, daß die Kommission der Ansicht sei, daß die politische Verantwortung des Leiters des Arbeitsministeriums kein Vertrauen verdiene. Für den Antrag stimmten: Nationaler Volksverband, die Christlich-Nationalen und die Christliche Demokratie. Die Piasten und die Wyzwolenie-Gruppe enthielten sich der Abstimmung. Im weiteren Verlauf der Beratungen nahm die Kommission folgende Entschließung des Abgeordneten Trepka vom Nationalen Volksverband an: „Die Kommission für Arbeitsschutz erkennt die Arbeitslosigkeit als gegenwärtig wichtigstes soziales Problem an. Indem sie die wirtschaftliche Lage des Staates in Betracht zieht, verlangt sie von der Regierung die Festlegung eines Aktionsplanes im ganzen Bereich der sozialen Politik, insbesondere im Bereich der Gesetzgebung über die Länge des Arbeitstages und die Urlaube, so daß an erster Stelle der Kampf gegen die Ursachen der Arbeitslosigkeit, nicht aber die Folgen berücksichtigt werden. Dieser Plan muß den Kräften in unserer Industrie, und zwar insbesondere den Finanzkräften, angepaßt werden.“ Für diesen Antrag stimmte der Nationale Volksverband mit den Christlich-Nationalen, der Piastenpartei und der Wyzwolenie-Gruppe, während die Arbeiterparteien dagegen stimmten.

Erleichterungen in der Rentenzahlung.

Der „Kurjer Poznański“, Nr. 295, gibt unter der obigen Überschrift folgende Mitteilungen: „Das Agrarreformministerium erließ eine Verordnung, welche die Herren Präsidenten der Bezirkslandämter ermächtigt, bei der Bezahlung der aufgewerteten Rente individuelle Erleichterungen gelten zu lassen und in besonderen Fällen Herabsetzung der Höhe der aufgewerteten Summe. Bislang hatten die Präsidenten der Bezirkslandämter diese Machtbefugnis nicht, und im Sinne der Vorschriften sind die verpflichtet, die Zahlungsaufforderungen für die Renten in Höhe von 75 Prozent hinausgehen zu lassen.

Die gleiche Verordnung soll vorsehen, daß von dem Eigentümer der Rentenstelle einstweilen nur ein Viertel der in der Zahlungsaufforderung des Bezirkslandamtes festgesetzten Rentensumme eingezogen wird.

Somit befreit die Einzahlung eines Viertels der in der Aufforderung festgesetzten Summe den Ansiedler von der zwangsweisen Einziehung der zu zahlenden Rentensumme durch die Staatliche Landwirtschaftsbank (Państwowy Bank Rolny) bis zur Festsetzung der endgültigen Höhe der Rente durch das Bezirkslandamt.

Falls die Ansiedler nicht imstande sind, aus wirtschaftlichen Gründen die auf 75 Prozent aufgewertete Rente zu bezahlen, so müssen sie unverzüglich einen begründeten Antrag beim Bezirkslandamt einreichen mit der Bitte um individuelle Herabsetzung der Aufwertungshöhe, bzw. um Verteilung der fälligen Summen auf längere Zeit als fünf Jahre. Der längste Zeitraum, auf den die Präsidenten der Bezirkslandämter die fälligen Summen verteilen können, beträgt 15 Jahre, jedoch bei weitester Ermäßigung des Aufwertungsgrades kann dieser nicht unter 18¾ Prozent gehen.

In der Eingabe sind die Gründe zu erwähnen, die den Antragsteller veranlassen, eine Herabsetzung zu erbitten (besonders ist die Summe anzugeben, welche der Ansiedler für seine Ansiedlung bezahlte). Unter anderem ist die Summe anzugeben, welche der Antragsteller für seine Ansiedlung bezahlte und jene Summe, welche die Ansiedlung in jener Zeit mutmaßlich wert war.

Der Ansiedler, für den die endgültig durch das Bezirkslandamt festgesetzte Aufwertung den Ruin seiner Wirtschaft bedeuten würde, kann sich an das Gericht wenden, um dort eine Herabsetzung zu erwirken.

Es ist dabei zu berücksichtigen, daß die Aufwertungsverordnung in Artikel 36 ausdrücklich vorsieht, daß die Aufwertungsverrechnung die wirtschaftliche Existenz des Schuldners nicht vernichten soll. Dieser Grundsatz wird indes durch die Präsidenten der Bezirkslandämter angewendet.

In gleicher Weise werden den Bezirkslandämtern Verordnungen zugehen bezüglich der Kontraktabschlüsse mit den Erwerbern, sowohl von annullierten Ansiedlungsstellen als auch von gewöhnlichen Rentenstellen, die im Sinne des Gesetzes vom 15. Juli 1920 über die Durchführung der Agrarreform geschaffen wurden.

So weit gehen die Ausführungen des „Kurjer Poznański“. Wir werden in einem Rundschreiben auf die Zusammenhänge zurückkommen.

Interessengemeinschaft alter Ansiedler.

Republik Polen.

Der Justizminister erkrankt.

Der Justizminister Anton Żychliński ist nach einer Meldung aus Warschau erkrankt. Ob es sich um eine „politische Krankheit“ handelt, steht nicht fest; jedenfalls wird er vom Unterstaatssekretär Siennicki vertreten.

Sejmkommission für Heeresfragen.

In der gestrigen Sitzung der Sejmkommission für militärische Angelegenheiten wies der Abg. Załuska vom Nationalen Volksverband darauf hin, daß das Heer in der letzten Zeit Gegenstand zahlreicher Presseangriffe sei, in Artikeln, die die Verhältnisse im Heere in ungünstigem Lichte darstellen. Es sei dies eine sehr beunruhigende Tatsache, da die öffentliche Meinung leicht geneigt sei, die Übergriffe zu verallgemeinern, und weil sich in der Bevölkerung ein unliebsames Verhältnis zum Heere bilde. Der Redner führte eine Reihe von Beispielen an. Die Posener Presse habe berechnet, daß sich die Übergriffe auf 200 Millionen Złoty belaufen. Ein Beispiel für die Bildung einer Atmosphäre der Zerrüttung seien die Artikel Piłsudskis im „Kurjer Poranny“, in denen aktive Generale und Offiziere in moralischer und mentaler Hinsicht disqualifiziert worden seien. Der Abg. Miedzyński von der „Wyzwolenie“ äußerte sein Erstaunen darüber, daß der Abg. Załuska die Tatsachen der Heeresangriffe mit dem Auftreten des früheren obersten Feldherrn zusammenfasse, der eine Polemik über die historische Vergangenheit geführt habe. Nach einer Meldung der Agencja Wschodnia hat die vom Kriegsminister eingesetzte Sonderkommission zur Prüfung der Vorwürfe, die Piłsudski dem historischen Büro des Generalstabs gemacht hatte, ihre Arbeiten beendet und die Unrichtigkeit oder Grundlosigkeit des überwiegenden Teils der Vorwürfe festgestellt. Die Kommission stellte fest, daß von einer Fälschung oder absichtlichen Entfernung von Dokumenten nicht die Rede sein könne. Es seien nur gewisse Mängel vorhanden, die sich aus den technischen Schwierigkeiten der Arbeit ergäben.

Rußland liefert polnisches Gut aus.

Die „Agencja Wschodnia“ meldet aus Warschau: Dieser Tage werden Transporte mit polnischem Gut aus Sowjetrußland eintreffen. Die Transporte umfassen ungefähr 30000 Bände wissenschaftlicher Werke, astronomische und laboratorische Geräte sowie einen Waggon mit Glocken.

Geheime Bank.

Die „Rzeczpospolita“ meldet: Die Warschauer Polizei hat eine geheime Bank entdeckt, die gegen einen sehr hohen Zinssatz Wechsel diskontierte. Die Bank hatte Agenten, von denen Kunden aufgesucht wurden, die Wechsel zum Diskont hatten. Die Revision hat eine große Menge Wechsel festgestellt.

Witos als Chirurg.

Der Abg. Witos hat im „Echo Warszawskie“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er schreibt:

„Die Opposition der Piasten ist nicht Opposition der Opposition wegen, sondern eine grundsätzliche Opposition, die sich daraus ergibt, daß die Regierung nicht in der Lage ist, außer der Mehrung der im Staate auf Schritt und Tritt herrschenden Anarchie irgend etwas zu tun. Bei diesem Stadium kann man nicht mehr von Mängeln reden, denn es ist eine Staatsgefahr. Polen macht eine schwere Krankheit durch, die nur ein kluger und kühner Operateur heilen kann. Das Programm der Regierung ist nichts anderes als ein fieberhaftes Bemühen um die Anleihe. Bei wem und unter welchen Bedingungen sie diese Anleihe erhält und wofür sie verwandt wird, das scheint für die Regierung erst in zweiter Linie in Frage zu kommen. Wir hegen große Furcht sowohl um ihre Erlangung, denn sie ist noch jenseits der Meere, als auch um ihre Verwendung, da wir wissen, wozu die italienische, wie die amerikanischen Anleihen verwandt wurden.“

Der Artikel schließt mit der Betonung, daß in Polen in der Praxis der Bolschewismus durchgeführt wird. Die „Rzeczpospolita“ bemerkt hierzu:

„Daß die Sozialisten diesen Regierungsbolschewismus nicht sehen, ist ganz begreiflich; eine traurige Tatsache ist es aber, daß die bolschewistische Wirtschaft von den Rechtsparteien unterstützt wird. Das wird sich schrecklich an ihnen rächen, aber noch tragischer wird es sich an Polen rächen, wenn nicht das Volk selbst gegen die Rechte des Sejm den heutigen Praktiken und der heutigen Unordnung ein Ende setzt.“

Spaltung der Parteien.

Nach einer Sondermeldung des „Kurjer Pozn.“ ist in der gestrigen Sitzung des Klubs der Christl. Demokratie die Angelegenheit des Abg. Korfanty erörtert worden. Es soll beschlossen worden sein, die Erledigung dieser Frage dem Klubpräsidium zu überlassen. Im Sejm ist ferner das Gerücht verbreitet, daß einige Abgeordnete, z. B. Kwiatkowski, Sosiński und Stęszlicka, aus dem Klub austreten und zur Piastenpartei übergehen wollen. Der Abg. Geistl. Maczyński hat dieses Gerücht kategorisch bestritten.

Ein Gerücht.

In Gdingen kursiert das sensationelle Gerücht, daß mit dem Ausbau der Stadt sich die Engländer befassen sollen. Es soll sich ein englisches Konsortium mit einem beträchtlichen Kapital gebildet haben, das den Bau von Villen, Wegen und Kanalisationen, überhaupt von großstädtischen Einrichtungen, in Angriff nehmen soll. Eine Bestätigung dieser Meldung konnte der „Kur. Pozn.“, der das Gerücht notiert, nicht erlangen.

Die unbrauchbaren Gasmasken.

Warschau, 12. November. Die neuesten Unterschleife betreffen die Gasmaskenfabrik Protekta in Radom. Es zeigte sich, daß diese Fabrik Gasmasken im Werte von 7 Millionen produzierte, die absolut unbrauchbar sind, und die Hunderttausende von Soldaten das Leben gekostet hätten, wenn sie wirklich bei einem Gasangriff angewandt worden wären. Die Fabrik Protekta ist von der Genossenschaftsbank finanziert worden. An der Spitze dieser Bank stehen hervorragende Persönlichkeiten aus der Wyzwoleniepartei, und man begreift nicht, wieso es kam, daß die Bank einige Hunderttausende Złoty von der Landeswirtschaftsbank erhielt, um gegründet werden zu können. Den Lieferungsvertrag mit der Fabrik schloß der General Żymierski ab, der, wie die „Rzeczpospolita“ meldet, ein langjähriger Freund des Wyzwolenie-Abgeordneten Popiel ist, der ebenfalls dem Aufsichtsrat der Genossenschaftsbank angehört. In diesem Aufsichtsrate sind übrigens noch vertreten die Wyzwolenie-Abgeordneten Prądzyński und Dąbski, sowie einige andere. Die Angelegenheit wirbelt in Warschau einen ungeheuren Staub auf.

Der Herr Generaldirektor.

Roman von **Ernst Klein**.

(22. Fortsetzung.)

Ihre Augen brannten dunkel auf ihm, als sie jetzt sprach:

„Es ist, wie Du sagst, Reinhold, man muß seine Gelegenheit nutzen. Tu es! Ich will und werde alles tun, um Dir dabei zu helfen.“

„Hanni, Mädel!“ jauchzte er. „Du wirst sehen, Du wirst es nie zu bedauern haben. Nur ganz kurze Zeit noch Geduld!“

„Solange Du willst, Reinhold, ich gehöre ja Dir.“

„Wie schön Du bist, Hannah,“ flüsterte er.

So wie sie ihn in dieser Stunde als einen Neuen, als einen anderen sah, so sprang in ihr selbst etwas Neues, anderes auf. Es begann zu glühen in ihr. Bis jetzt war Reinhold der Verlobte gewesen. Der Mann, den sie seit Jahren kannte. Der sie eines Tages zum Altar führen würde. Den sie ehrlich gern hatte. Den sie — — —

Und nun —

„Reinhold,“ flüsterte sie. „Du sagst immer, ich sei schön. Ich will es ja nur für Dich sein. Nur für Dich, Reinhold — —“

Er küßte sie, — nein, sie küßte ihn. Wie ein Rausch war es in ihr. Er war zuerst erschreckt, fassungslos. Hannah, die stolze, herbe, stets kühle, — liebe Hannah, — und dieses Weib, das ihn an sich preßte, zwischen heißen Küssen wirre Worte stammelnd — — Er riß sie fort? Ja, ja, nur er! Er, — er — — —!

Sie sank zurück, nach Besinnung und Atem ringend.

Sie hielt die Hand auf die Brust gepreßt und sah mit verschleiertem Blick zu ihm auf, der strahlend vor ihr stand.

„Reinhold, — Reinhold, — was war das? Was ist mit mir?“ Kaum daß ihre Stimme klang.

Er ergriff ihre beiden Hände.

„Hanni, Du bist schön,“ sagte er, lächelnd und stolz. „Aber paß auf, wenn Du erst meine Frau bist, Frau Generaldirektor, — so im eigenen Auto, elegant, Hanni, — die Leute sollen auf der Straße stehen bleiben, wenn ich mit Dir vorüberfahre.“

Da war es ihr, als faßte eine feindselige Hand an ihre Glut — — —. Aber nein, sie wollte nicht. Sie wehrte sich gegen die Stimme der Ernüchterung, die in ihr zu flüstern begann. Sie wollte das Leben so sehen, wie er es sah.

XIX.

Am nächsten Abend soupierte man zu Dritt im Bristol, Hannah, Reinhold und Avalescu. Die Herren waren im Smoking, Hannah trug ein Crêpe de Chine-Kleid, zu dem ihr Reinhold erst vor vierzehn Tagen den Stoff gebracht. Es war seit langer, langer Zeit das erste Mal, daß sie sich „anziehen“ hatte können. Sie freute sich über das Kleid, über die Gelegenheit, über den Abend, und sah reizend aus. Wer an dem kleinen Tischchen vorüberging, nahm sich ein paar Augen voll von dem entzückenden Bilde mit, das sie bot, wie sie so zwischen den beiden jungen Männern saß und mit größtem Interesse den Vorschlägen lauschte, die Avalescu für das Souper zu entwickeln hatte.

Der Rumäne war elegant, ganz Mann von Welt. An dem Zeigefinger seiner linken Hand blitzte ein dicker Platinring, dessen Stein tausend Funken sprühte. Seine Kravatte war ein Gedicht. Mit einer chevaleresken Bewegung reichte er der Dame die Speisekarte.

„Bestimmen Sie, meine Gnädige, das Menu!“ sagte er. „Wir sind Ihre Sklaven und werden essen, was Sie befehlen. Auch Wasser und Brot, wenn es sein muß.“

Doch Hannah erwies sich dieser Aufgabe durchaus nicht gewachsen und Avalescu griff mit der Miene eines Kenners ein, der gewohnt ist, den Wert einer Speise nach dem Preise abzuschätzen. Er ließ Hummer, Kaviar auffahren, Sekt kaltstellen, und sie war ganz eingeschüchtert von den tiefen Verbeugungen, mit denen der Oberkellner und dessen Trabanten jede seiner Bestellungen entgegennahmen. Hannah lächelte und maß ihre beiden Kavaliere mit heimlich prüfendem Blick. Avalescu sah doch eigentlich bei all seiner Eleganz ziemlich gewöhnlich aus; er paßte in dieses Lokal, in dem sie noch mehrere solcher frisch geprägten Gents mit ihren Damen sah, aufgeputzten und geschminkten kleinen Mädchen, die vor lauter Vornehmheit nicht wußten, wie sie gehen, stehen und sitzen sollten. Reinhold war noch nicht recht heimisch in dem prunkvollen, spiegelglänzenden Saale, so sehr er sich auch bemühte, es zu scheinen. Er lehnte mit nonchalanter Grazie in dem Sessel und ließ nachlässig die Zigarette aus einem Mundwinkel hängen, aber sein Blick klebte doch gar zu aufmerksam an dem bewunderten und beneideten Vorbild des Rumänen.

Wieder lächelte Hannah. Irgend etwas begann in ihr zu raunen, sie sei in dieser lärmenden, prassenden Gesellschaft ganz und gar deplaciert. Am Tische neben ihnen wuchteten vier breitschultrige, massive Männer, die gefahrdrohend mit Messer und Gabel hantierten. Etwas weiter sah sie ein Paar, er jung, kaum Anfang der zwanzig, sie bestimmt darunter. Er zog aus dem Smoking ein dickes Bündel Aktien und zeigte sie lachend der Dame, die währenddessen ungeniert vor dem Spiegelchen ihrer pompösen Goldtasche sich Lippen und Augenbrauen bearbeitete. — — War das die Gesellschaft der neuen Zeit? Sie sah es zum ersten Male, aber sie erschrak über das Bild, das sie bot.

Doch — — —

Entschlossen drückte sie alle unbehaglichen Gefühle zurück und gab sich dem Moment hin. Der Kellner schenkte mit der Miene eines Erztruchsesses den Sekt ein und sie dankte über ihr Glas hinweg den beiden Herren für die stille Huldigung, die sie ihr mit dem ersten Trunk darbrachten. Sie nickte lachend Reinhold zu und gab übermütig den bewundernden Blick zurück, den ihr Avalescu zuwarf.

(Fortsetzung folgt.)

Sonnabend, 14. November 1925. **Posener Tageblatt.** Beilage zu Nr 264.

Zwei Welten.

Leopold von Ranke, der große Geschichtsschreiber, hat in seiner Weltgeschichte einmal den Ausspruch getan: „Von allen herrlichen Worten, die von Jesus Christus vernommen worden sind, ist keins richtiger und folgenreicher, als die Weisung, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers, und Gotte, was Gottes ist". Damit hat Jesus die beiden Welten der Religion und der Politik scharf geschieden, Gottesreich und Weltordnung als zwei grundverschiedene Dinge bezeichnet.

Die Gegenwart mit ihrer allgemeinen starkpolitischen Einstellung steht in Gefahr, diese elementare Wahrheit zu vergessen. Wir wissen welche unglückliche Sache es ist, wenn Kirchen Politik treiben, statt Evangelium zu verkündigen, wenn sie über die rein religiösen Interessen völkische und politische Gesichtspunkte stellen. Auch in Stockholm ist man dieser Gefahr nicht immer entgangen. Den Amerikanern ist Gottes Reich durchaus identisch mit demokratischer Weltordnung, und den Engländern deckt sich die Herrschaft Gottes mit dem englischen Imperium, wie umgekehrt die römische Kirche den Anspruch erhebt auf politische Weltgeltung und die Formen weltlicher Reiche angenommen hat. Aber das alles steht im Widerspruch mit dem Herrenwort von den zwei Welten, der Welt Gottes und der Welt der Kaiser und Könige, Republiken und Präsidenten. Jesus selbst hat seine Jünger an anderer Stelle auf diesen Unterschied gewiesen, wenn er sagt: „Die weltlichen Fürsten herrschen, und die Oberleute haben Gewalt So soll es nicht sein unter euch. So jemand unter euch will gewaltig sein, der sei euer Diener, und wer da will der vornehmste sein, der sei euer Knecht". Jede dieser Welten hat ihre eigene Ordnung, aber jede auch ihren eigenen Wert. Das ist ein Stück Lebenskunst des Christen, die Pflichten als Staatsbürger mit denen als Reichsgottesbürger in Einklang zu bringen, denn sie sind ja auch in diesem Sinne Wanderer zwischen zwei Welten.

D. Blau-Posen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 13. November.

Neue Liquidierungen.

Durch Liquidierung gehen, laut „Monitor Polski" Nr. 256 bis 260, folgende Besitzungen auf den polnischen Staat über. Grundstück in Bojanowo, Kreis Rawitsch, Bes. Friedry Raths; desgl. in Kolmar, Bes. Ferdinand Grawe; Rentenansiedlungen Smilowo, Kreis Kolmar, Bes. Emil Kutz; Brzezno-Stare, Bes. Karl Toelle; Grundstück in Miedzichowo, Kreis Neutomischel, Bes. Emil Klemke; desgl. in Rychtal, Kr. Kempen, Bes. Johann Hirsch; desgl. in Rawitsch, Bes. Otto Pade; desgl. in Dąbrowo, Kreis Mogilno, Bes. Paul Dittmann; die Ansiedlungen: Płoweż Nr. 22, Kreis Strasburg, Bes. Ernst Waßmund und Frau; Biechówko, Kreis Schwetz, Bes. Wilhelm Preuß und Frau; Lednogórze, Kreis Gnesen, Bes. Gerhard Lahrmann; Łowin, Kreis Schwetz, Bes. August Nietz; Brzyskoczyństwo, Bes. Ludwig Welz; Pruszcz, Kreis Schwetz, Bes. Paul Heidenreich; Ciążynie, Kreis Obornik, Bes. Hermann Capella; Pieniążkowo, Kreis Mewe, Bes. Helene Zierp geb. Fanter; Chełście, Kreis Czarnikau, Bes. Friedrich Siebert; Kobyło, Kreis Berent, Bes. Franz Ruhnke; Mały Kłonie, Kreis Tuchel, Bes. Rudolf Kennenberg und Frau; Dubelno, Kreis Culm, Bes. Otto Ohm und Frau; Kijaszkowo, Kreis Wirsitz, Bes. Wilhelm Martini; Grabowo, Kreis Wirsitz, Bes. Friedrich Hufnagel; die Rentenansiedlungen: Elsnerodzy, Kreis Thorn, Bes. Otto Ziechmann und Frau; Tczew-Czyżykowo, Kreis Dirschau, Bes. Emma Bandik; folgende Grundstücke in: Trzcielo, Kreis Neutomischel; Bes. Gustav Rabenau; Starzy, Kreis Adelnau, Bes. Christiane Schwarz geb. Dugos; Jeziora, Kreis Rawitsch, Bes. Wilhelm Schöpke; Sierakowo, Kreis Karthaus, Bes. Max Koch; Szaradowo, Kreis Karthaus, Bes. Wilhelm Rossog; Czarnikau, Bes. Witwe Wilhelmine Schmidt geb. Schmidt; Janowo, Kreis Rawitsch, Bes. Paul Schwartz; Plemięto, Kreis Graudenz, Bes. Berta Krause geb. Magnuß; Brodowo, Kreis Soldau, Bes. Jan Gronkowski; Mały Lunowo, Kreis Culm, Bes. Franz Bartlau und Frau; Szamoło, Kreis Kolmar, Bes. Julius Rosenstrauch; Białężyno, Kreis Czarnikau, Bes. Witwe Ida Zager und Kinder.

Ein deutsch-polnisches Sichtvermerks-Abkommen.

Nach einem mit der polnischen Regierung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit getroffenen Übereinkommen bleiben Kriegsinvaliden und deren Familienangehörige, die sich in Versorgungsangelegenheiten oder zur Beschaffung von Kunstgliedern in ihren Heimatsstaat begeben, von den Gebühren für die erforderlichen Sichtvermerke befreit. Die von den Invaliden mitgeführten Kunstglieder bleiben von den Zollgebühren dann frei, wenn der Invalide beim Überschreiten der Grenze von den Kunstgliedern Gebrauch macht. Die Vereinbarung ist am 1. November in Kraft getreten.

Gültigkeit polnischer Abiturientenzeugnisse im Auslande.

Laut Amtsblatt des Kultusministeriums vom 15. August 1925 hat der Minister für Kultus und Volksbildung an alle Senate von Hochschulen und an alle Schulkuratorien ein Rundschreiben erlassen betr. die Gültigkeit polnischer Abiturientenzeugnisse im Auslande. Darin heißt es:

„Ich verfüge, daß alle Abiturienten bzw. Studenten, die sich zu höheren Studien ins Ausland begeben, dem Ministerium ihre Abiturientenzeugnisse vorlegen müssen, damit diese mit der entsprechenden Klausel versehen werden (Vu au Ministère de l'Instruction Publique et reconnu valable — Im Unterrichtsministerium vorgelegt und als gültig anerkannt.) Die Kuratorien (Senate) wollen dies allen Interessierten zur Kenntnis bringen."

Die Geld- und Wertsachenausfuhr aus Polen nach Danzig und umgekehrt.

Nach einer Bekanntmachung der Pommerellischen Finanzkammer in Graudenz können bei Reisen nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig von Personen, die sich mit einem einfachen Personalausweis legitimieren, ohne Erlaubnis ausgeführt werden:

a) eine Geldsumme, die den Gleichwert von 250 zł nicht übersteigt, und zwar in bar, Schecks und anderen geldlichen Verpflichtungen, mit Ausnahme jedoch von Wechseln; b) Silbermünzen bis zur Höhe eines Gleichwertes von 100 zł, jede Person, einmalig; c) eine Uhr mit Kette, 4 Ringe, ein Armband. Das Höchstgewicht der Goldwertsachen darf 250 Gramm, das der Silberwertsachen 2000 Gramm nicht überschreiten.

Die Ausfuhr von Wechseln und Geld über 250 zł, von Münzen, sowie Gold- und Silbergegenständen (über die vorgenannten Mengen hinaus) ist nur auf Grund einer Genehmigung der Finanzbehörden gestattet.

Von Waren, die in Polen der indirekten Steuer und dem Monopol unterliegen (Spiritus, Zucker, Bier, Wein, Tabak, Sacharin, Zündhölzer, Beleuchtungsmittel, Mineralwässer, Salz, Hefe, mineralische Öle, Zigarettenhülsen und Zigarettenpapier) dürfen von Danzig nach Polen bzw. von Polen nach Danzig in nachstehenden Mengen mitgeführt werden: Wein 1 Liter, Zigarren 25 Stück oder — nicht „und"! — 50 Zigaretten oder 50 Gramm Tabak, Zündhölzer 10 Schachteln, Beleuchtungsmittel 2 Stück der gleichen Gattung; im Grenznahverkehr: 20 Zigarren oder 100 Zigaretten oder 100 Gramm Tabak, ferner 100 Stück Zigarettenhülsen oder 100 Stück Zigarettenpapier.

Für die Beförderung größerer Mengen dieser Waren ist die Genehmigung der Finanzbehörden oder die amtliche Überweisung notwendig. Nähere Auskunft geben die Finanzämter für Akzise und Staatsmonopole, die Zweigstellen der Finanzkontrolle sowie das Inspektorat der Grenz-Finanzkontrolle in Dirschau.

Sepp Summer.

Wie verweisen noch einmal auf den Gitarre-Abend am morgigen Sonnabend, der abends 8 Uhr im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses stattfinden wird. Sepp Summer, der in Deutschland einen bekannten Namen hat, wird Lieder zum Vortrag bringen, die durch das Reich der deutschen Volksdichtung führen.

Das Programm bringt Lieder von inniger Poesie und feinem Humor; es stellt die Seele jenes Dichterempfindens vor uns hin, das namenlos durch deutsche Gaue geht und das immer wieder gesungen wird, wo deutsche Sprache lebt und wo Gemütstiefe noch in Geltung steht. Besonders die deutsche Jugend soll durch diesen Abend Anregung erhalten und jene schöne Kraft kennen lernen, die aus einer unversiegbaren Quelle strömt. Vor allem soll nicht vergessen werden, daß diese Lieder allen den Menschen eine frohe Stunde bringen, die die Jugend des Herzens bewahrt haben, die jung fühlen und jung sein können, auch wenn die Schläfen grau sind. Ja, gerade jene Jungen mit weißem Haar werden an diesem Tage das Bewußtsein nach Hause nehmen, daß im deutschen Volkslied die schönsten Schätze unvergänglich leben. Darum soll dieser Abend ein volles Haus sehen. Wir wollen uns die Gelegenheit nicht entgehen lassen, einmal im Reiche der Volkspoesie die Seele gesund zu baden.

---

s. **Der Zustand des Kardinal-Erzbischofs Dr. Dalbor** ist andauernd ernst. Wie der „Przewodnik Katolicki" berichtet, fand am 2. d. Mts. ein ärztliches Konsilium statt. Der Kranke empfing folgendes Telegramm: „Der Heilige Vater sendet Seiner Eminenz dem Kardinal-Erzbischof den Apostolischen Segen und die herzlichen Wünsche baldiger Genesung."

s. **Heldenehrung.** Ein Denkmal hat das Pionierregiment dem im April v. Js. beim Hochwasser ums Leben gekommenen Kapitän Prasinowski gestiftet unter Beihilfe des Magistrats und der Beamten der Wojewodschaft. Die Enthüllung des Denkmals findet am Sonnabend vormittags 10 Uhr statt.

X **Der Straßenbahn** möchten wir die alte wohlweise Bestimmung, daß im Winter die Vordertüren nicht geöffnet werden dürfen, ins Gedächtnis zurückrufen. Es wäre jetzt an der Zeit, die dies Verbot aussprechenden Täfelchen wieder anbringen zu lassen. Die Zahl der Straßenbahnbenutzer, denen Rücksicht auf ihre Mitmenschen ein unbekannter Begriff ist und deshalb die Vordertür zum Ein- und Aussteigen benutzen, ist leider ziemlich groß.

X **Es wird immer närrischer in der Welt;** selbst das Barometer wird verrückt und zeigt 730 mm, wenn wir blauen Himmel haben, und 762 bei Schnee und Eis Hat sich etwa gar der Wettergott „umgestellt"?

X **Posener Wochenmarktspreise.** Auf dem heutigen Freitags-Wochenmarkt war das Geschäft lahm. Man zahlte für das Pfund Landbutter 1.60—2.00 zł, für Tafelbutter 2.40—2.60 zł, für das Liter Milch 30 gr für die Mandel Eier 2.80—3.00 zł, für das Pfund Quark 50 gr, für das Pfund Kartoffeln 4 gr, für den Zentner 2.25—2.50 zł, Preißelbeeren 75—90 gr, Birnen 15 bis 30 gr. Aepfel 10—40 gr. für den Kopf Weißkohl und Wirsingkohl 20 gr. Spinat 20—25 gr das Pfund Grünkohl 10—15 gr. rote Rüben 10 gr. Kürbis das Pfund 5 gr. eine saure Gurke 10 bis 15 gr, Walnüsse 55—60 gr. Zwiebeln das Pfund 20 gr, eine Zitrone 15—20 gr. das Pfd. weiße Bohnen 30 gr. Erbsen 25—30 gr. das Bund Sellerie 15 gr., ein Bündchen Radieschen 15 gr. — Auf dem Fleischmarkte zahlte man für ein Pfd. Speck 1.30 zł, für ein Pfd. Schweinefleisch 1.00—1.20 zł, für ein Pfd. Rindfleisch 1.00 bis 1.20 zł, für Kalbfleisch 70—80 gr, für Hammelfleisch 60—70 gr. Ein Hase kostete 5 zł. ein Rebhuhn 2.25 zł. — Auf dem Geflügelmarkt kostete eine lebende Gans 8—12 zł, eine Ente 2.50—4 zł, ein Huhn 1.50 - 3.50 zł, ein Paar Tauben 1.50—1.60 zł. — Fischmarkt war verhältnismäßig belebt. Es notierten für das Pfund Karpfen mit 1.40—1.60 zł, Schleie und Hechte mit 1.00—1.20 zł, Barsche mit 50—80 gr., Bleie mit 40—60 gr., Weißfische 30- 50 gr.

X **Der „Schläs'sche Abend"**, der, wie schon mehrmals angekündigt wurde, am Montag um 8 Uhr im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses veranstaltet werden soll, wird hoffentlich recht viele Freunde einer guten Sache vereinen. Einmal um des schönen Zweckes willen; gilt es doch, die Mittel für die weitere Unterhaltung der Diakonissenstation der Christuskirche aufzubringen. Andererseits aber auch um des schönen Programms willen, das neben Vorträgen des bestens bekannten Schwesternchors unseres Diakonissenhauses unter der Leitung der Frau Pastor Sarowy Dialektvorträge der lieben „Spinntante" aus ihrer schläs'schen Heimat, Gedichtvorträge usw. umfassen wird. Der Eintrittspreis von 2 bzw. 1 zł ist gering bemessen; Eintrittskarten sind in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung und an der Abendkasse zu haben.

X **Im Teatr Pałacowy** rollt seit Mittwoch unter dem Titel „Weib und Geld" ein achtaktiges Liebesdrama, das für uns Posener ein ganz besonders Lokalinteresse in Anspruch nimmt. Ist doch die Trägerin der weiblichen Hauptrolle, die bekannte Berliner Schauspielerin Gertrud Welcker, ein Posener Kind und als Tochter eins bekannten Posener Journalisten hier geboren. Sie gehört heute zu den schauspielerischen Größen der deutschen Reichshauptstadt und spielt in diesem Film die Rolle des Weibes, das mit der Liebe zu einem anderen im Herzen eine Vernunftehe mit einem ungeliebten Manne, dem Erben eines amerikanischen Dollarvermögens von einer halben Million, aus wirtschaftlichen Gründen eingeht, dabei aber das Verhältnis zu dem wirklich geliebten ersten Liebhaber aufrechterhält, bis ihr betrogener Ehemann dahinterkommt und dem unerlaubten Verhältnis ein jähes Ende bereitet. Gertrud Welcker rechtfertigt als Filmschauspielerin den guten Ruf, der auch bis nach Posen gedrungen ist, und darauf ist wohl auch in der Hauptsache der Massenandrang zurückzuführen, der dem bis zum Sonntag rollenden Film bisher beschieden gewesen ist.

X **Angeschossener Dieb.** In letzter Zeit hatten unbekannte Diebe wiederholt der Rosakschen Gärtnerei in Rataj nächtliche Besuche abgestattet und Blumenkohlköpfe in größeren Mengen gestohlen. Deshalb sah sich der Gärtnereibesitzer veranlaßt, Posten zum Schutze gegen die Diebe aufzustellen. Vergangene Nacht beehrte nun ein gewisser Anton Ratajczak aus Rataj die Gärtnerei mit einem Besuche, um Blumenkohl zu stehlen, wurde jedoch von dem Hilfsgärtner Bonicki überrascht und, als er auf wiederholten Anruf nicht stehen blieb, mit einer Schrotladung aus einer Flinte begrüßt, und im Genick, am Kopfe usw. verletzt, so daß seine Überführung in das Stadtkrankenhaus erfolgen mußte.

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus den Eisenbahnwerkstätten ein Fahrrad, Marke Palma Dover, Nr. 801 mit schwarzlackiertem Rahmen, Freilauf, im Werte von 130 zł; aus einer Schlosserwerkstatt an der ul. Piotra Wawrzyniaka 41 (fr. Lorenzstraße) Handwerkszeug im Werte von 800 zł; einem Frl. Elli Tefs auf dem Hofe des Diakonissenhauses von einem Handtaschenräuber eine Handtasche mit 32 zł; heut früh einer Besucherin der St. Martinkirche eine Handtasche mit 160 zł; aus einer Kolonialwarenhandlung in der Halbdorfstraße 23 Kolonialwaren für 500 zł; aus einer Wohnung des Hauses ul. Rzeczpospolitej 4 (fr. Lindenstraße) eine goldene Uhr mit Kette und 150 zł bares Geld im Gesamtwerte von 650 zł; aus einem Schaufenster am Alten Markt 26 zwei Trikotjacken, ½ Dutzend wollene Handschuhe, ½ Dutzend Trikothandschuhe, 6 Dutzend baumwollene Strümpfe, 1 Dutzend wollene Kinderstrümpfe, 3 Paar wollene Damenstrümpfe und 6 Meter Gummiband im Gesamtwerte von 150 zł.

X **Vom Wetter.** Gestern abend setzte ein heftiger Schneefall (in diesem „Winter" der dritte) ein und überzog alles mit einer dicken Schneedecke, die allerdings der geringen Wärme nicht standhielt und heut früh bei 1 Grad Wärme sich in ihre wässerigen Bestandteile auflöste.

X **Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heut, Freitag,** früh +1,18 Meter, wie gestern früh.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Sonnabend, 14. 11.: Im Ev. Vereinshaus: Sepp Summer, Lieder zur Laute.

Sonnabend, 14. 11.: Ev. V. J. M.: 9 Uhr Wochenschlußandacht.

Im Deutschen Naturwissenschaftlichen Verein ist trotz Schnee und Glatteis die Wanderlust noch nicht eingefroren, aber man steckt sich die Ziele etwas näher, bleibt in der engeren Heimat. So soll am Sonntag, 15. d. Mts., von Marienberg nach Seeberg—Unterberg gewandert werden. Abfahrt früh 8 Uhr nach Szreniawa, Rückkehr nach Vereinbarung.

Gottesdienst-Ordnung der deutschen Katholiken.

Vom 15.—22. November.

Sonntag, 9 Uhr: Predigt und Amt. 3 Uhr: Rosenkranz und Segen. An den Wochentagen fällt bis Freitag die hl. Messe und Beichtgelegenheit aus. Montag abend 7 Uhr: Sitzung des Gesellenvereins. Sonnabend, 5 Uhr: Beichtgelegenheit.

---

* **Inowrocław,** 11. November. In den letzten Tagen wurden, dem „Kuj. Bot." zufolge, in der Gemeindekasse in Szymborze ziemlich bedeutende Unterschleife entdeckt, die sich der Gemeinderendant, Inhaber einer Molkerei in Montwy, zuschulden kommen ließ. Der Rendant wurde dem Gericht übergeben.

□ **Kurnik,** 12. November. Eine interessante Vorführung fand hier heute auf dem Gehöft von Warzaszki vor einer größeren Anzahl von Landwirten statt. Es wurde die neue Universal-Walzen-Schrot- und Quetschmühle „Monopol" durch die Firma Paul Seler, Posen, ul. Przemysłowa 23, im Betriebe gezeigt. Dabei wurde aufs neue der Beweis erbracht, daß man imstande ist, mit der Monopol-Mühle S 2 mit zwei leichten Pferden in der Stunde gegen 5 Zentner gutes Schrot zu liefern. Da die Monopol-Mühle außer zum Schroten auch zum Quetschen, zum Beispiel von Hafer, verwendbar ist, ist jedem Landwirt, auch dem kleinsten, Gelegenheit gegeben, sich die großen Vorteile der Verarbeitung eigenen Getreides in der eigenen Wirtschaft zu nutze zu machen und die umständlichen, zeitraubenden und kostspieligen Wege in die Mühle zu sparen. Die gute Arbeitsleistung der Monopol-Mühle fand allseitig ungeteilten Beifall. Die Monopol-Mühle wird in verschiedenen Größen für Hand-, Göpel- und Kraftbetrieb geliefert.

* **Neutomischel,** 12. November. Das Haus des Eigentümers Ernst Kahl in Königsfelde war am Montag die Stätte eines seltenen Festes. Seine bei ihm wohnenden Eltern, die Altsitzer Gottlieb und Wilhelmine Kahl, konnten den Tag feiern, an dem sie vor 65 Jahren den Bund der Ehe miteinander geschlossen hatten. Sie stehen jetzt im 93. bzw. 88. Lebensjahre, sind aber noch verhältnismäßig rüstig und konnten sich in Gesundheit des festlichen Tages der Eisernen Hochzeit im Kreise von Kindern, Enkeln und Urenkeln erfreuen. Bei der kirchlichen Feier legte Superintendent Reisel seiner Ansprache das Bekenntnis Jakobs zugrunde: „Herr, ich bin zu gering aller Barmherzigkeit und Treue, die Du an Deinem Knechte getan hast," überreichte dem Jubelpaare mit einem Glückwunschschreiben des Evangelischen Konsistoriums ein von diesem gestiftetes Gedenkblatt und von der Kirchengemeinde ein Andachtsbuch, das den beiden Alten, die sich noch guter Augen erfreuen, noch manche Stunde der Stärkung bereiten wird.

* **Thorn,** 11. November. Vom Personenzuge überfahren und getötet wurde nahe bei Rudak die vierjährige Helene Grabowska, als sie sich abends auf dem Nachhausewege befand und hierbei das Eisenbahngleis benutzte.

Aus dem Gerichtssaal.

Verurteilung einer Vatermörderin.

* **Graudenz,** 9. November.

Am Freitag fand vor dem Bezirksgericht die Verhandlung gegen die des Vatermordes beschuldigte Leokadia Plitt statt. Sie hat die Tat im September verübt, ist dann flüchtig geworden, wurde im September 1920 ergriffen, entfloh darauf wieder und wurde schließlich in Königsberg von dem hiesigen Gefängnisinspektor Pogorzelski in einer Konditorei erkannt und aufs neue festgenommen. Nach Verbüßung einer ihr in Königsberg zudiktierten viermonatigen Gefängnisstrafe erfolgte die Auslieferung der P. an die polnischen Behörden. Die erste Verhandlung gegen sie fand am 1. Mai d. Js. statt. Sie wurde damals zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Auf ihre Revision hat der Oberste Gerichtshof in Warschau das Urteil aufgehoben und eine erneute Verhandlung angeordnet, die nun stattfand. In dieser wurde die Angeklagte zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Auf Grund der Amnestie braucht die Verurteilte nur zwei Drittel der Strafe zu verbüßen. Außerdem wurde die Untersuchungshaft seit dem 1. November 1922 angerechnet.

Wettervoraussage für Sonnabend, 14. November.

= **Berlin,** 13. November. Größtenteils bewölkt, noch weiter Schnee, Temperaturen etwas über Null.

Radiokalender.

Rundfunkprogramm für Sonnabend, 14. November.

Berlin, 505 Meter. Abends 8,30: Jean Paul, 9,15: Heiteres Wochenende.

Breslau, 418 Meter. Abends 8,30: Beethovenabend.

Königsberg, 463 Meter. Abends 8,15: Humor und Tanz.

Wien. 8 Uhr abends: „Drei arme Teufel", Operette in drei Akten.

Handel, Finanzwesen, Wirtschaft, Börsen.

Ausweis der Reichsbank.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7.November ist in der ersten Novemberwoche eine befriedigende Entlastung des Reichsbankstatuts eingetreten. Der Wechselbestand verminderte sich um 155,8 Mil. auf 1474,3 Mill. M., und zwar wurden von privater Seite 104,4 Mill.RM. Wechselkredite abbezahlt, während die öffentlichen Stellen 51,4 Mill. RM. der Reichsbank an Rediskonten abnahmen, wodurch sich die Summe der rediskontierten Wechsel auf 646,2 Mill. RM. erhöhte. Der Lombardbestand ging um 12,4 Mill. auf 9,8 Mill., die gesamte Anlage in Wechseln, Lombard und Effekten um 167,4 Mill. auf 1704 Mill. RM. zurück.

An Reichsbanknoten sind 125,2 Mill., an Rentenbankscheinen 80,4 Mill. RM. in die Kassen der Bank zurückgeflossen, so daß der Banknotenumlauf sich auf 2677,6 Mill. RM. und der Umlauf an Rentenbankscheinen auf 1462,3 Mill. RM. ermäßigte. Die fremden Gelder der Bank wuchsen um 80,3 Mill. auf 698,0 Millionen RM. — im wesentlichen durch Eingänge bei den öffentlichen Guthaben.

Der Bestand an Gold und deckungsfähigen Devisen vermehrte sich um 12,8 Mill. auf 1568,0 Mill. RM., und zwar entfällt die Vermehrung fast ausschließlich auf Devisen, da der Goldbestand annähernd unverändert geblieben ist. Die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 58,6 Prozent (gegen 55,5 Prozent in der Vorwoche), die Deckung durch Gold allein 45,1 Prozent (gegen 43,1 Prozent in der Vorwoche).

Um die Aufwertung der Posener Pfandbriefe

Aus dem Kreise der Pfandbriefgläubiger erhalten wir folgende Zuschrift:

Der Kurator der Posener Landschaft, Herr Lange, hat in Übereinstimmung mit der Direktion der Posener Landschaft auf Grund der seitens der Gläubiger der Posener Landschaft erhobenen Proteste, den s. Zt. bei Gericht bereits eingereichten Vergleichsvorschlag wieder zurückgezogen. Die Landschaft will nämlich die im Jahre 1923 vorgenommene Löschung von Landschafts-Hypotheken für ungültig erklären und dadurch die Aufwertungsmasse für die noch im Umlauf befindlichen Posener Landschaftlichen Pfandbriefe erhöhen. Es bleibt abzuwarten, ob die hierfür in Frage kommenden Hypotheken einen solchen Wert darstellen, daß eine lohnende Erhöhung der Aufwertungsmasse erzielt wird.

Der Vorstand des Vereins der Pfandbriefbesitzer hat sich veranlaßt gesehen, sämtliche Vertrauensleute aufzufordern, ihre Ämter freiwillig niederzulegen, da ihre Wahl durch das Gericht der Aufwertungsverordnung widerspricht. Dieser Aufforderung haben die Herren zum größten Teil nicht entsprochen. Der Verein hat sich daraufhin beschwerdeführend an das Gericht gewandt und um Enthebung der Vertrauensleute von ihrem Posten ersucht. Diesem Ersuchen hat das Gericht stattgegeben und gleichzeitig den auf den 5. 11. d. Js. angesetzten Termin, in welchem über den Vergleichsvorschlag verhandelt werden sollte, aufgehoben. Außerdem hat das Gericht einen neuen Termin in Aussicht gestellt, in dem die Neuwahlen der Vertrauensmänner durch die Pfandbrief-Gläubiger vorgenommen werden sollen. Die Verordnung schreibt vor, daß die Vertrauensleute durch die Gläubiger mit Stimmenmehrheit zu wählen sind. Es ist daher für alle interessierten Personen von größter Wichtigkeit, zu diesem Termin zu erscheinen und ihre Stimme den ihre Interessen vertretenden Personen zu geben. Entsprechende Vorschläge werden in einer seitens des Vereins der Pfandbriefbesitzer kurz vor dem Termin abzuhaltenden Versammlung gemacht werden.

Geldwesen.

ǂ Plötzlicher Sturz des Zloty in Berlin. Halbamtlich wurde gestern (12. 11. 1925) an der Berliner Börse notiert: Auszahlung Warschau 62.59—62.91, Auszahlung Kattowitz 62.04—62.36, Auszahlung Posen 62.69—63.01. Große polnische Noten 62.48—63.12, kleine polnische Noten 61.19—61.81. Das ergibt eine Dollarparität von 6.60—6.70. Der Berliner Börsenbericht gibt als Grund für diesen überraschenden Sturz die schweren Bedingungen an, unter denen die amerikanische 100 Mill.-Dollaranleihe an Polen gewährt werden soll. Die deutschen Blätter wollen wissen, daß die Anleihe abgeschlossen sei, obwohl der Finanzminister dies vorgestern vor dem Sejm ableugnete. Als weiterer Grund des reißenden Sturzes wird das Fehlen von Interventionskäufen seitens der Bank Polski angegeben.

ǂ Wie sind auf Auslandsvaluten lautende Wechsel zu bezahlen? Da es seit der Erschütterung des Złotykurses bei der Bezahlung von in Dollar ausgestellten Wechseln oftmals zu Meinungsverschiedenheiten kommt, sei hier genau ausgeführt, wie derartige Wechsel zu bezahlen sind. Diese Angelegenheit wird nämlich durch das Wechselgesetz vom 14. November 1924, Nr. 926 Dz. U. R. P., sowie vom 21. November 1924, Nr. 100 in Art. 40 in folgender Weise klar bestimmt:

„Wenn der Wechsel in einer Valuta ausgestellt ist, die am Zahlungsorte nicht im Verkehr ist (also Dollars, Franks, tschechische Kronen, Rentenmark usw.), so kann man die Wechselsumme am Zahlungstage in Złoty entrichten, es sei denn, daß der Aussteller vorbehalten hat, daß die Zahlung in bestimmter Valuta zu erfolgen hat. Dieser Vorbehalt kann z. B. durch das Wort „effektiv“ gemacht werden. Der Wert der Auslandsvluta wird nach den am Zahlungsort herrschenden Handelsbräuchen bezeichnet!“ Aus dieser amtlichen Bestimmung geht hervor:

1. Der Aussteller bzw. Akzeptant kann einen auf Auslandsvaluta lautenden Wechsel stets in Złoty nach dem augenblicklichen Werte der Valuta bezahlen. Der Dollar wird also nach dem jeweiligen offiziellen Kurs des Tages umgerechnet.
2. Die Bank resp. der Besitzer des Wechsels muß diese Zahlungssumme annehmen und den Wechsel als bezahlt herausgeben.
3. Eine Protestierung ist unberechtigt und der Notar ist nicht berechtigt, dieselben vorzunehmen, falls der Aussteller bzw.Akzeptant nachweist, daß er den Gegenwert in Złoty hinterlegt hat oder ihn vor der Protestierung beim Notar einzahlt.
4. Nur dann, wenn auf dem Wechsel bei der Summe der Vermerk steht, daß die Bezahlung tatsächlich in fremder Valuta — z. B. durch das Wort „effektiv“ — zu erfolgen hat, ist der Zahler verpflichtet, in fremder Valuta zu bezahlen. Bemerkt muß noch werden, daß dieser Vermerk auf dem Wechsel gleich bei der Unterzeichnung des Wechsels erfolgen muß, da sonst der Wechsel als gefälscht gilt.

ℰ Die Bank Gospodarstwa Krajowego hat bis zur Zeit insgesamt 1142 Gesuche um Baukredite genehmigt und eine Summe von 36.6 Millionen Złoty ausgezahlt.

Industrie.

⊙ **Die technische Rückständigkeit der polnischen Papierfabriken** im Zusammenhang mit den allgemeinen Kreditschwierigkeiten hat in den letzten Tagen zur Stillegung zweier Betriebe mit 400 bzw. 100 Arbeitern geführt. In dem einen Falle handelt es sich um die größte Papierfabrik Polens (in Jeziorna b. Warschau), die hauptsächlich wegen ihrer veralteten technischen Einrichtung der ausländischen Konkurrenz unterlegen ist. (Laut „Nowa Reforma“ haben die polnischen Fabriken nur Maschinen mit einer Breite von höchstens 2 Meter.)

Märkte.

Getreide. Warschau, 12. November. Für 100 kg franko Verladestation: In Klammern franko Warschau. Kongr.-Roggen 693.5, gl (118) 16.25, Kongr.-Einheitshafer 18.10—18.00, Gerste für Grütze (18.75), Roggenmehl 50proz. 30.50. Kleine Umsätze, Tendenz ruhig.

Danzig, 12. November. Für 50 kg in Danziger Gulden. Weizen 12—12½, Roggen 7.75—7.80, Futtergerste 8—8.57, Braugerste 9.50—10.25, Hafer 8.20—8.60, Viktoriaerbsen 13—16, R.-Kleie 5.50—5.70, W.-Kleie 6.25—6.50.

Berlin, 12. November. Getreide- und Ölsaaten für 1000 kg. Mehl und Kleie in Säcken für 100 kg loko Berlin. Märk. Weizen 223—226, märk. Roggen 136—139, Sommerbraugerste 184—218, neue Winterfuttergerste 148—160, märk. Hafer 161—170, W.-Mehl 27—31¼, R.-Mehl 20—22¼, W.-Kleie 11.20—11.30, R.-Kleie 9—9.20, Viktoriaerbsen 23—31½, Futtererbsen 18—20, Peluschken 16—18, Wicken 20—25, blaue Lupinen 11½—12½, Rapskuchen 14, Leinkuchen 21—21.20, Trockenschnitzel 7.60—7.70, Soya 19.30—19.50, Torfmelasse 9.20—9½, Kartoffelflocken 12.70 bis 12.90. Allgemeine Tendenz gefestigt.

Hamburg, 12. November. Notierungen ausl. Getreidearten für 100 kg cyf. in hfl. Weizen: Tendenz fest. Manitoba I. 14.60—14.30, russ. Dunaj 8.30, indische 4.60, Malting Barley 8.50 bis 8.20, Roggen: Tendenz fest. Western Rye II. 9.55, Mais: La Plata 9.40, Dunaj (Galfox) bessarabisch 9.40, mixed II. Dezember 9.40, Hafer: Canada Western II. Dezember 10.80.

Breslau, 12. November. Franko Verl.-Station Schlesien. Weizen 13.80, Hafer 14.30, Braugerste 18.50, W.-Mehl 29, R.-Mehl 22½, W.-Kleie 9.40—10.40, R.-Kleie 8½—9.30.

Leder und Häute. Wilna, 11. November. Großhandelspreise. Leichte Rohhäute 18 zł, schwer 20, leichte Sohlen 90 Cts. pro kg, mittel 85 Cts., schwer 90 Cts., Chrom I. Sorte 32 Cts. pro Quadratfuß, II. 29 Cts. Rohchrom 1.05 Dollar pro Kalbsleder. Tendenz schwach.

Metalle. Krakau, 12. November. Die Preise für ausl. Metallgegenstände sind unverändert geblieben. Man darf jedoch annehmen, daß sie auf Grund des steigenden Valutenkurses um 15 bis 20 Prozent in die Höhe gehen könnten. Inlandsnägel wurden mit 44 zł für 100 kg in Verpackung, Spaten mit 1.20 pro kg, Äxte in Schweizer Franken 2.75 für 1 kg, ausl. Zangen 18 Groschen pro Zoll notiert.

Edelmetalle. Berlin, 12. November. Silber mind. 0.900 f in Barren 95¾—96¾ Mk. für 1 kg. Gold i. fr. Verkehr 2.80—2.82, für 1 Gramm, Platin i. fr. Verkehr 14.25—14.75 Mk. für 1 Gramm.

Börsen.

ǂ **Der Złoty** am 12. November. **Danzig:** Złoty 78.90—79.10, Ueberw. Warschau 77.90—79.10, **Berlin:** Złoty 62.48—63.12, Ueberw. Warschau 62.59—62.68, Ueberw. Posen 62.69—63.01, Ueberw. Kattowitz 62.04—62.36, **Zürich:** Ueberw. Warschau 82.0[illegible], **London:** Ueberw. Warschau 29.00, **Neuyork:** Ueberweisung Warschau 16.50, **Paris:** Ueberweisung Warschau 405, **Bukarest:** Ueberweisung Warschau 32.50, **Riga:** Ueberweisung Warschau 90.00.

ǂ **1 Gramm Feingold wurde für den 13. November 1925 auf 3.9744 zł festgesetzt.** (M. P. Nr. 263 vom 12. November 1925). (1 Goldfrank gleich 1.1537 zł.)

ǂ **Danziger Börse** vom 12. November. London Schecks 25.21, Berlin 123.795—124.105. Tendenz stark fallend.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 13. November 1925.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.)

Weizen	22.70—23.70	Gerste	17.50—19.50
Roggen	14.80—15.80	Hafer	16.00—17.00
Weizenmehl (65 % inkl. Säcke)	37.00—40.00	Felderbsen	21.00—22.00
Roggenmehl I. Sorte (70% inkl. Säcke)	24.65—25.65	Viktoriaerbsen	27.00—30.00
Roggenmehl (65 % inkl. Säcke)	25.65—26.65	Weizenkleie	9.75—10.75
Braugerste prima	20.80—21.80	Roggenkleie	9.75—10.75
		Eßkartoffeln	—.—
		Fabrikkartoffeln	2.10—2.30

Tendenz: ruhig.

Städtischer Viehmarkt vom 13. November 1925.

Offizieller Marktbericht der Preisnotierungskommission.

Es wurden aufgetrieben: 30 Rinder, 364 Schweine, 52 Kälber, 62 Schafe, zusammen 508 Stück Tiere

Man zahlte für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

Schweine: vollfleischige von 120 bis 150 Kilogramm Lebendgewicht 134, vollfleischige von 100 bis 120 Kilogramm Lebendgewicht 126, vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 118—120, fleischige Schweine von mehr als 80 Kilogramm Lebendgewicht 110, Sauen und späte Kastrate 100—1[illegible]4.

Posener Börse.

	13. 11.	12. 11.		13.11.	12. 11.
4 Pos. Pfdbr. alt	—.—	11,00	Herzf. Vikt I.-III.	2,25	—.—
6 listy zbożowe	4,10	4,0	Juno I.-III.	—,—	—,—
8 dolar. listy	2.45	2,6	Lubań I.-IV.	60,00	60,00
5 Poż. konwers.	—,—	——	Dr. R. May I.-V.	21,5	21,50
10 Poż. kolejowa	—,—	—,—	Młyn Ziem. I.-II.	——	——
Bk. Kw. Pot. I.-VIII	2,00	—,—	Płótno I.-III.	—,—	——
Bk. Przemysł I.-II.	—,—	—,—	Pneumatyk I.-IV.	——	—,—
Bk. Sp. Zar. I.-XI	—.—	—,—	Sp. Drzewna I. VII.	0,25	0,25
Arkona I.-V.	——	—.—	Sp. Stolarska I.-III.	——	—,—
Barcikowski I.-VII	——	0.9	Br. Stabrowscy	—.—	—.—
Cegielski I.-IX.	—,—	—,—	Star. Fab. Mebl. I.-II.	——	——
Centr. Rolnik. I.-VII.	—,—	——	Tri I.-III.	13,00	13,00
Centr. Skór I.-V.	—,—	—,—	Unja I.-III.	[illegible]	3.00
Goplana I.-III.	1,50	0,10	Wag., Ostrowo I.-IV.	—,—	—,—
C. Hartwig I.-VII.	0,40	—,—	Wytw. Chem. I.-VI	0,27	0,25
Hartw. Kant. I.-II.	—.—	1,80	Zj. Brow. Grodz. I.-IV.	1,1[illegible]	1,10

Tendenz: unverändert.

Warschauer Börse.

Devisen (Geldk.):	12. 11.	11. 11.		12. 11	11. 11.
Amsterdam	—.	—.—	Paris	24.34	24.16
Berlin*)	143.67	—.—	Prag	—.—	—.—
Helsingfors	—.—	—.—	Stockholm	—.—	—.—
London	29.57	29.37	Wien	—.—	—.—
Neuyork	6.00	6.00	Zürich	117.84	116.89

*) über London errechnet.

Effekten:	12. 11.	11. 11.		12. 11.	11. 11.
6% P. P. Konwers.	70—	70.00	Nobel III.—V.	1.05	1.07
5% „	43.50	43.50	Lilpop I.—IV.	0.45	0.48
6% Poż. Dolar.	—.—	—.—	Modrzejow. I.—VII	1,95	2.20
10% Poż. Kolej. S I.	85.00	85.—	Ostrowieckie I.-VII.	3.80	4.05
Bank Dysk. I.—VII	5.00	4,95	Starachow. I.—VIII	0.90	0.95
B. Handl. W. XI.-XII	2,65	2,65	Zieleniewski I.-V.	8.75	8,75
B. Zachodni I.-VI.	1,25	—.—	Żyrardów	5.60	5,60
Chodorów I.-VII.	4.65	—.	Borkowski I.-VIII.	0,58	0,60
W. T. F. Cukru	—,—	1.60	Haberbusch i Sch.	—,—	—,—
Kop. Węgli I.-III.	1,17	1,32	Majewski	—,—	—,—

Berliner Börse.

Devisen (Geldk.)	13. 11.	12. 11.	Devisen (Geldk.)	13. 11.	12. 11.
London	20.332	20.332	Kopenhagen	103.54	103.27
Neuyork	4.195	4.195	Oslo	84.69	84.16
Rio de Janeiro	0.622	0.632	Paris	17.12	16.84
Amsterdam	168.82	168.79	Prag	12.42	12.42
Brüssel	19.05	19.02	Schweiz	80.83	80.84
Danzig	80.61	80.63	Bulgarien	3.04	3.04
Helsingfors	10.555	10.555	Stockholm	112.15	112.15
Italien	16.98	16.73	Budapest	—.—	—.—
Jugoslawien	7.43	7.43	Wien	59.11	59.11

(Anfangskurse) * bedeutet ultimo bzw. medio.

Effekten:	13. 11.	12. 11.		13. 11.	12. 11.
Harp. Bgb.	* 98¼	* 102½	Görl. Wagg.	19½	20
Kattw. Bgb.	—	10¼	Rheinmet.	—	18
Laurahütte	34¼	—	Kahlbaum	86	—
Obschl. Eisenb.	* 42½	* —	Schulth. Pt.	111¾	112¾
Obschl. Ind.	* 33	* 33½	Dtsch. Petr.	59	60
Dtsch. Kali	—	22	Hapag	* 66½	* —
Höchst. Farbw.	115½	1 8¼	Dtsch. Bk.	*104	*104⅓
A E G.	* 90	* 90¾	Disc. Com.	*101⅜	*101⅓

Tendenz: schwach.

Börsen-Anfangsstimmungsbild. Berlin, 13. November, mittags 12³⁰ Uhr. Auf unbefriedigende Nachrichten aus dem Wirtschaftsgebiet, insbesondere auf Meldungen über weitere Betriebseinschränkungen im Ruhrgebiet ist die Börse verstimmt. Kurse gedrückt auf vielfache Realisierungen zu Medio-Liquidationen. Montanwerte zum Teil bis 2½ Prozent niedriger. Rheinische Braunkohlen gut gehalten. Auch Farbwerte verloren 2 Prozent. Geschäft beschränkt. Deutsche Anleihen behauptet.

Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag, 10: Gottesdienst. D. Greulich. — 11¼: Kindergd. Derselbe. — Mittwoch, Buß- und Bettag, 10: Gottesdienst und Abendmahl. D. Greulich. — Donnerstag, 4½: Teestunde der Frauenhilfe.

Kreising. Sonntag, nachm. 2: Gottesdienst. D. Greulich

Luisenhain. Mittwoch, Buß- und Bettag, 3: Gottesdienst. D. Greulich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde). Sonnabend, 6: Wochenschluß-Gd. K.-R. Hänisch. — Sonntag, 10: Gottesd. Ders. — 11½: Kindergd. Ders. — Mittwoch, Buß- und Bettag, 10: Gottesdienst und Abendmahl.

St. Paulikirche. Sonntag, vorm. 10 Uhr: Gd. D. Staemmler. — 11¾: Kindergottesd. Ders. — Mittwoch, Buß- und Bettag, 10: Gottesdienst P. Hammer 11¼: Beichte und Abendmahl. Ders. 6¼: Bibelst. D. Staemmler. — Freitag, 5: Sitzung der Frauenhilfe von St. Pauli im Sitzungssaal von St. Pauli. — Amtswoche: Derselbe.

St. Lucaskirche. Sonntag, 10: Gottesd. P. Hammer.

Ev.-luth. Kirche, ulica Ogrodowa 6 (früh. Gartenstr.) Sonntag, 10: Predigtgd. Hoffmann. — 11½: Kindergd. Ders. — Montag, 4: Religionsunterr. für d. älter. Kinder. — Dienstag, 4: Stiftungsfest d. Frauenvereins. Mittwoch (Buß- u. Bettag), Nachm. 6: Predigt (Beichtrede) und Abendmahl (Chorgesang). Hoffmann. — 4: Religionsunterr. für die jüng. Kinder. — 5: Kirchenchor — Donnerstag, 3½: Frauenverein

Christuskirche. Sonntag, 10: Gottesdienst. Rhode. — Danach Kindergottesdienst. — Mittwoch, Bußtag, 10: Gottesdienst mit Abendmahlsfeier, Rohde. — Dienstag, 4½: Teenachmittag der evangl. Frauenhilfe.

St. Matthäikirche. Sonntag, 10: Gd. Lic. Schneider. — 11½ Kindergd. Derselbe. — Dienstag 6: Bibelstunde. 8: Kirchenchor. — Mittwoch, (Bußtag) 9: Beichte und Abendmahl P. Brummack — 10: Gottesdienst. Ders. — Freitag, 8: Wochengottesdienst. — Wochentags 7¼: Morgenand.

Gassenheim Mittwoch (Bußtag) 4: Gottesdienst.

Ev. Verein junger Männer Sonntag, 8: Kirchl. Woche 8: Frage 4. — Montag, Posaunench. — Mittwoch, geschlossen. — Donnerstag, 8: Posaunenchor. — Sonnabend, 7: Turnen. — 9: Wochenschlußandacht.

Kapelle der Diakonissen-Anstalt Sonnabend, abends 8 Wochenschlußgd. P. Sarowy. Sonntag, 10: Gottesdienst. Schatz.

Christl. Gemeinschaft (im Gemeindesaal d. Christuskirche ul. Matejki 42). Sonntag, 5½: Jugendbundstunde. E. C. 7: Evangelisation. — Freitag, 7: Bibelbesprechung. Jedermann herzlich eingeladen.

Gemeinde gläubig getaufter Christen (Baptisten ul. Przemysłowa 12 Sonntag, 10: Predigt. Drews — 11½: Kindergottesdienst — 3½: Tauffeier Drews. Donnerstag ab. 7½: Gebetsandacht. — Freitag, ab. 7½: polnischer Gottesdienst.

Der deutsche Reichskanzler vor Kaufleuten und Industriellen.

Gestern hielt der deutsche Reichskanzler Dr. Luther vor einer Veranstaltung der Berliner Kaufleute und Industriellen eine wichtige Rede. Außer den Vertretern der Industrie, des Handels und der Kaufmannschaft waren führende Persönlichkeiten der Reichs- und Staatsregierung in den festlich geschmückten Räumen des Kaiserhofes versammelt. Dr. Luther sprach über den Pakt von Locarno und legte in kurzen, sein präzisierten Sätzen die Grundlinien der Verträge dar. In seiner Rede entwickelte er zu dem Vertragswerk drei Leitsätze.

Der Kanzler begann mit den Grundsätzen des Vertrages von Locarno und fuhr dann fort: „Nachdem in London, vom Dawesplan ausgehend, eine Regelung gefunden war, die den Ausgangspunkt für eine wirtschaftliche Neuentwicklung bildet, mußten auch in politischer Beziehung die Grundlagen für den Wiederaufbau geschaffen werden. Daß Deutschland hierzu von sich aus die Anregung gegeben hat und daß die anderen Staaten ihm gefolgt sind, ist für mich ein Zeichen der erstarkenden politischen Kraft unseres Vaterlandes. Nun ist es ganz unzweifelhaft, daß wir nach Unterzeichnung des Vertrages von Locarno noch weit entfernt sind, daß das deutsche Volk den ihm nach seinen Leistungen und Fähigkeiten gebührenden Platz in der Gemeinschaft der Völker wieder einnimmt. Gleichwohl kann das deutsche Volk zu einer Zustimmung zum Vertragswerk von Locarno nur gebracht werden, wenn es die Auswirkungen in unmittelbarer Anschauung am Rheinland erlebt. Andernfalls wird der tiefe Argwohn nicht überwunden werden können, der seine Wurzel in den Erfahrungen mit dem Vertrage von Versailles und der Auslegung dieses Vertrages durch einige der Siegerstaaten des Weltkrieges findet.

Luthers Leitsätze.

Lassen Sie mich heute nur drei Leitgedanken aussprechen. Der Vertrag von Locarno stellt keinerlei Option zwischen dem Westen und dem Osten dar. Eine solche Option wäre in Deutschlands Lage nicht nur ein Verbrechen, sondern schlimmer als das, eine Dummheit. Wohl aber, und das ist der zweite Leitgedanke, enthält der Vertrag von Locarno eine Option des deutschen Volkes für den Frieden. Dabei verstehe ich unter diesem nicht nur den Verzicht auf den Krieg, sondern den festen Entschluß, die deutsche Kultur und die deutsche Volkskraft auf den Wegen des Friedens mit allem Nachdruck zur Geltung zu bringen. Weiter bedeutet er den festen Entschluß, mit aller Kraft für die allgemeine Abrüstung einzutreten, die, und zwar im Einklang mit dem Vertrag von Versailles, als unerläßliche Ergänzung der deutschen Abrüstung anzusehen ist. Der dritte Leitgedanke ist der, daß der Vertrag von Locarno eine Option zugunsten positiven Handelns in den großen internationalen Fragen enthält. Das deutsche Volk fühlt sich innerlich gesund und stark genug, um das volle Schwergewicht seiner geistigen Arbeitskraft für die zukünftige Gestaltung der Welt einzusetzen und sich selbst darin den ihm gebührenden Platz zu sichern. Worauf es ankommt, ist die Frage, ob diese Leitgedanken in dem Vertragswerk von Locarno Körper gewinnen."

Eine Verschwörung gegen Primo de Rivera.

London, 13. November. (R.) Den Blättern zufolge wurden die Meldungen über eine Verschwörung zum Sturze des Regimes des Generals Primo de Rivera durch ein der spanischen Botschaft in London zugegangenes Telegramm bestätigt, in dem es heißt: Bereits disziplinarisch vorbestrafte Generale und Offiziere der Reserve, deren Prestige sehr gering ist, haben den erfolglosen Versuch unternommen, einen Aufstand unter den Truppen hervorzurufen. Die Soldaten selbst haben jedoch die Verschwörung den Behörden mitgeteilt.

Zu den in Barcelona und in Madrid vorgenommenen Verhaftungen meldet das „Journal“ aus Madrid, daß es sich um ein Komplott gehandelt habe, das nicht ein Pronunciamento wie im Jahre 1923 zum Ziele gehabt habe. Die Aufständischen hätten vielmehr an der Spitze ihrer Truppen mit Waffengewalt die Republik proklamieren wollen. Das Komplott sei entdeckt worden, weil es bei einer der letzten Zusammenkünfte im Militärkasino zu einer heftigen Auseinandersetzung gekommen sei, bei der Schüsse gewechselt und zwei Verschwörer verletzt worden seien.

Hindenburgs Rede in Stuttgart.

Auf die Begrüßungsrede des württembergischen Staatspräsidenten an Hindenburg, erwiderte dieser mit folgenden Worten:

Herr Staatspräsident! Ich danke Ihnen für den Willkommensgruß, den Sie mir namens des württembergischen Volkes dargebracht, und für den Wunsch, den Sie diesem Gruße angeschlossen haben. Mit Ihnen empfinde auch ich täglich mit Sorgen die Spaltung und Zerrissenheit, die sich immer wieder in allen politischen Fragen trennend und hemmend in unserem Volke auftut.

Mehr Geschlossenheit in den großen lebenswichtigen Entscheidungen, mehr gegenseitiges Vertrauen der verschiedenen Schichten unseres Volkes zueinander ist uns bitter nötig.

Nicht Klassen und Stände, nicht Parteien und Gruppen in gegenseitiger Abschließung und Befehdung, sondern Gemeinschaftsgefühl und der Geist dienender und opfernder Vaterlandsliebe sind der Boden, auf dem allein wir eine bessere Zukunft aufbauen können, der Gedanke der Zusammengehörigkeit aller Deutschen.

Der Wunsch nach einem einheitlichen Reich hat gerade in Württemberg von jeher feste Wurzeln gehabt. Das Schwabenland hat in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht viel dazu beigetragen, daß aus den Träumen und Hoffnungen vor nunmehr bald 55 Jahren Wirklichkeit wurde und das Reich erstand, das zu erhalten und wieder aufzubauen unsere und der künftigen Generation Pflicht und Aufgabe sein muß. Aus der Vergangenheit darf ich die feste Gewißheit entnehmen, daß Württemberg auch in Zukunft ein Hort des Reichsgedankens sein wird, beseelt von der Ueberzeugung, daß nur in einem starken Reich das Schwabenland seiner geschichtlich gegebenen Eigenart leben kann.

Auf das Gedeihen, auf die glückliche Zukunft Württembergs und seiner Bewohner erhebe ich mein Glas. Württemberg, hurra, hurra, hurra!

Auf der Fahrt vom Staatsministerium zum Rathaus, wo der Präsident um 1 Uhr eintraf, wurde er wiederum von der Bevölkerung, die immer noch die Straßen dicht besetzt hielt, mit stürmischen Ovationen begrüßt. Der Rathausplatz, mit einer vieltausendköpfigen Menge gefüllt, trug reichen Flaggenschmuck. Am Eingang zum Rathaus wurde der Reichspräsident, der sich in Begleitung des Staatspräsidenten Bazille befand, vom Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager und den Vorsitzenden der Rathausfraktionen begrüßt und sodann in den großen Sitzungssaal geleitet. Hier hatten sich zahlreiche Vertreter der Bürgerschaft und Beamte der Stadt eingefunden. Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager begrüßte den Reichspräsidenten mit einer Ansprache.

Wohlstand Deutschlands wieder aufbauen in einer Ära dauernden Friedens. Wir können uns nicht vom Ausland abschließen, sondern wir müssen namentlich die deutsche Wirtschaft im Verein mit dem Ausland wieder zu Kräften bringen, um dem deutschen Volk Arbeitsgelegenheit, den vermögenslos gewordenen deutschen Erwerbsschichten die Existenz und die Wiedererringung ihrer früheren Stellung zu ermöglichen. Wir erachten es mit der Reichsregierung als selbstverständlich, daß ein wirklich dauernder Friedenszustand sich auswirken muß in friedlichen Verhältnissen im Rheinland und in einer Änderung des dortigen Regimes, in einem Aufhören jener Zustände, die den Begriff der persönlichen Freiheit im Rheinland illusorisch gemacht haben.

Die Reichsregierung hat eine Entscheidung der Parteien bis zur Stunde nicht gefordert. Sie hat selbst darauf hingewiesen, daß sie diese Entscheidung erst treffen könne, wenn sie in der Lage sei, die Rückwirkungen auf das Rheinland zu überblicken."

Hindenburg in Karlsruhe.

Der Deutsche Reichspräsident ist von Stuttgart nach Karlsruhe gereist. Bei seiner Ankunft hatten sich auf dem Bahnhof zur Begrüßung u. a. eingefunden der Staatspräsident Dr. Hellpach, Minister des Innern Remmele, Landtagspräsident Dr. Baumgartner, Oberbürgermeister Dr. Fintner. Nach kurzer Begrüßung begab sich der Reichspräsident mit seinem Gefolge, dem Staatssekretär Dr. Meißner und seinem persönlichen Adjutanten, Major v. Hindenburg, zu den auf dem Bahnhofsplatz wartenden Autos. Die tausendköpfige Menge vor dem Bahnhof begrüßte den Reichspräsidenten durch laute Hochrufe. Das Reichsoberhaupt nahm die Huldigung entblößten Hauptes entgegen. In langsamer Fahrt ging es dann durch die reichgeschmückten Straßen nach dem Staatsministerium unter den herzlichen Zurufen der die Straßen säumenden Menge.

Die Uebergabe der deutschen Antwort in Paris.

Die Antwort der deutschen Regierung auf die Entwaffnungsnote der Botschafterkonferenz ist gestern mittag in Paris durch den deutschen Botschafter v. Hoesch überreicht worden. Die Veröffentlichung des Notenwechsels soll nicht erfolgen, ehe die Verhandlungen vollständig abgeschlossen sind. Man nimmt an, daß die Verhandlungen noch im Laufe dieser Woche beendet sein werden.

Dr. Schacht über Anleihefragen.

Der Weltfinanzpakt.

Aus Neuyork wird geschrieben: Reichsbankpräsident Dr. Schacht gab im Beisein des Gouverneurs Strong vor der Presse Erklärungen ab, in denen er besonders darauf hinwies, daß alle Gerüchte, die seinen Besuch in Amerika mit der Errichtung eines Weltfinanzpaktes in Zusammenhang bringen wollten, vollkommen falsch seien. Er habe lediglich den Wunsch, das harmonische Zusammenarbeiten mit den Amerikanern bei der Durchführung des Dawes-Planes festzustellen, wie es zwischen Parker Gilbert und den Deutschen durchgeführt werde. Dr. Schacht begrüßte es, daß er während seines Besuches Gelegenheit gehabt habe, sich mit vielen Bankiers auszusprechen. Deutschland müsse an den amerikanischen Finanzverhältnissen starkes Interesse nehmen, weil Amerika Deutschland durch Anleihen unterstütze. Die Reichsbank sei gegen alle Städteanleihen, die keine produktive Verwendung fänden. Deshalb wurden sie auch von einem besonderen Ausschuß überprüft. Anders lägen die Dinge bei der Industrie und der Landwirtschaft. Wenn diese Anleihen aufnähmen, werde Deutschlands Produktivität erhöht. Deutschland befinde sich besonders deshalb in einer schwierigen Lage, weil es neue Absatzmärkte suchen müsse, zumal sie teilweise durch die Zollgrenzen der neugegründeten europäischen Staaten verschlossen seien. Deutschland brauche Zeit, um die Absatzmärkte zurückzuerobern oder neue zu gewinnen, lasse sich aber dadurch nicht entmutigen, denn es habe zwar sein Geld, aber nicht seinen Mut verloren.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird Ende der Woche die Rückreise nach Deutschland antreten. Er stellt erneut in Abrede, daß es sich bei seinem Besuche um Einleitung von Kreditgeschäften gehandelt habe.

Deutsches Reich.

…ng der Deutschnationalen über Locarno

…nsere gestrige Radio-Meldung über die Erklärung der Deutschnationalen, die sich für Locarno aussprachen, wird noch durch folgenden wichtigen Absatz ergänzt: „Gegenüber der Politik, die Poincaré gegen Deutschland betrieben hat, den fortwährenden Sanktionsdrohungen, dem Einmarsch im Ruhrgebiet und der Bedrückung des Rheinlandes, ist es von grundlegender Bedeutung, wenn die innere Entwicklung in Deutschland, namentlich aber die Freiheit und die Unabhängigkeit des Rheinlandes vor willkürlichen Angriffen sichergestellt wird. Diesen leitenden Gesichtspunkt der Reichsregierung sollten alle Parteien ohne Unterschied ihrer innerpolitischen Einstellung vertreten. Wir müssen den zerrütteten

Aus anderen Ländern.

Zur holländischen Kabinettskrise.

Haag, 13. November. Der Antrag, dessen Annahme zur Kabinettskrise führte, war, wie wir mitteilten, von dem evangelischen Reformparteiler Kersten eingebracht worden. Dagegen stimmten die Antirevolutionäre und die Römisch-Katholischen. Während einige Blätter glauben, daß sich eine Zusammenarbeit zwischen den die jetzige Koalition bildenden römisch-katholischen, den Antirevolutionären und den christlich-historischen auch jetzt noch ermöglichen lasse, verkünden die Oppositionsblätter, wie der „Telegraaf“ und „Het Volk“, jubelnd den Zusammenbruch der Koalition. Die katholischen Blätter, wie der „Maasbode“ und die „Tyd“, äußern starke Entrüstung über das Verhalten der christlich-historischen Partei. „Algemeen Handelsblad“ sagt, der Zeitpunkt, den die Oppositionsparteien gewählt hätten, sei viel zu früh, als daß dieser Versuch bereits jetzt Erfolg haben könnte. Das Blatt glaubt, daß die Koalition aus dem Umstand, daß man sie vorzeitig für tot zu erklären versuchte, Nutzen ziehen und mit neuen Kräften wiedererstehen werde.

Abermalige jugoslawische Kundgebungen gegen Italien.

Dem W. T. B. zufolge wird aus Belgrad gemeldet: Gestern abend versammelten sich eine große Anzahl Jugendlicher, veranstalteten eine Straßendemonstration und zogen vor das italienische Konsulatsgebäude. Die Menge verlangte die Rückgabe von Istrien und Zara. Der Polizei gelang es mit großer Mühe, die Menge auseinanderzutreiben. — Nach einem anderen Bericht sollen die Demonstranten einiger Fensterscheiben des italienischen Konsulatsgebäudes eingeschlagen und einen italienischen Nationalisten verprügelt haben.

Auch in Spalato fanden im Laufe des gestrigen Tages Demonstrationen statt. Die Demonstranten zogen vor das Gebäude der italienischen literarischen Gesellschaft, doch konnten sie nicht in das Innere des Gebäudes eindringen. Vor dem Gebäude der Lega Nazionale kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten, wobei etwa 100 Schüsse abgegeben wurden.

Mac Donalds Friedensbotschaft.

MacDonald erließ am Waffenstillstandstage folgende Friedensbotschaft an die englische sozialistische Partei: „Heute muß mit jeder: Wir dürfen nicht vergessen! Was dürfen wir nicht vergessen? Wie wir den Weg zum Frieden verloren haben, wie leicht unser Volk gestorben ist und wie wir unser Kapital verschwendet haben, wie die Welt schlimmer daran war als je zuvor; wie, als unsere Leute aus den Schützengräben zurückkamen, die Männer des guten Willens ihre Arbeit von neuem aufnehmen mußten, wie als trotz aller Fehlschläge aller Mächte und Interessen, die Männer, die den Krieg geschaffen haben, sich wieder in die alten Posten und vor allem in die Achtung der Öffentlichkeit hineinzuschleichen wußten. Wir werden es nicht vergessen. Wenn wir es vergessen sollten, vergessen wir die Lebenden, vergessen wir die Ungeborenen. Aber wir werden es nicht vergessen. Wir werden uns daran erinnern und in dieser Erinnerung werden wir den Frieden bringen."

Coudenhove-Kalergi in Amerika.

Der Verfasser von „Paneuropa“, Graf Coudenhove-Kalergi, weilt seit einiger Zeit in Amerika und hielt dort Vorträge über „Paneuropa“. Die Presse kommentiert seine Idee recht günstig.

Die amerikanische Stimmung über Paneuropa läßt sich, einem Bericht der „Vossischen Zeitung“ aus Neuyork zufolge, folgendermaßen zusammenfassen: „Die Völkerbundsgegner sehen in Paneuropa ein Programm, für das sie eintreten können, ohne sich auf die europäische Politik festzulegen. Die Völkerbundfreunde sehen in Paneuropa ein Zwischenglied, das sie dem Völkerbund näher bringt. Beide Richtungen, soweit sie wirtschaftlich eingestellt sind, sehen in der Bewegung ein Mittel zur Sanierung des europäischen Marktes, die wiederum eine Steigerung des amerikanischen Absatzes bedeuten würde. Furcht vor wirtschaftlicher Konkurrenz durch ein geeinigtes Europa besteht nicht, weil man glaubt, daß Amerika durch seine billigen Rohstoffe und seine größeren Erfahrungen in der Massenproduktion immer konkurrenzfähig bleiben wird."

Japan und die Lage in China.

London, 13. November. (R.) „Daily Mail“ meldet aus Tokio: In Erwartung eines Paktes des Generals Feng Hju Siang in Peking habe das japanische Kabinett in dieser Sondersitzung die Frage des Schutzes des japanischen Lebens und Eigentums in Peking erwogen. Es werde berichtet, daß die japanische Flotte für jede Eventualität bereit sei. Es sei beschlossen worden, schnelle Kreuzer in höchster Bereitschaft zu halten.

In kurzen Worten.

Die sämtlichen kolonialen Vereine und Verbände von Groß-Berlin veranstalten am 15. November eine koloniale Massenkundgebung. Die Redner aller Reichstagsfraktionen werden sprechen.

*

Ein Staatsbeamter, der im Jahre 1921 den früheren König Karl von Ungarn in einer öffentlichen Rede beleidigt hatte, wurde jetzt vom Gericht in Budapest wegen Majestätsbeleidigung zu einer Geldstrafe von anderthalb Millionen ungarischen Kronen verurteilt.

*

Der Ostausschuß des preußischen Landtages nahm einen Antrag an, durch den mit Rücksicht auf die ernsten Wohnungsnotstände im Osten erhöhte Mittel zu beschleunigter Bautätigkeit gefordert werden.

*

Bei Perugia ist ein italienischer Fliegeroffizier mit einem Hydroplan abgestürzt. Er war sofort tot.

*

König Faisal von Mesopotamien erklärte Pressevertretern, daß Frankreich ernstlich in Erwägung ziehe, seinen … Seid als König von Syrien auszurufen. Die Ent-…g in dieser Frage steht dicht bevor.

*

…ie im Landespfandbriefanstalt-Prozeß zu je neun Monaten Gefängnis und 30 000 Mark Geldstrafe verurteilten Mitglieder des sog. „Adelskonsortiums“, v. Etzdorf, v. Carlowitz und v. Karstedt, haben, wie die „Deutsche Tagesztg.“ mitteilt, gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Letzte Meldungen.

Schneefall in Berlin und Westdeutschland.

Berlin, 13. November. (R.) Heute nacht ist in Berlin und Umgegend leichter Schneefall eingetreten, der auch in den Morgenstunden noch anhält. Die Temperatur ist einige Grade über dem Gefrierpunkt.

Auch aus dem ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird Schneefall gemeldet.

Poincaré redet wieder.

Paris, 13. November. (A. W.) Poincaré hat eine Rede gehalten, in der er sich sehr pessimistisch über die Aufrichtigkeit der deutschen Versprechungen äußerte und die Regierung vor übermäßigem Vertrauen warnte. Die Deutschen hätten bisher keine Verpflichtungen erfüllt und kein Versprechen gehalten. Den Dawesplan wollten sie unter jeglichen Vorwänden abwälzen. Insbesondere dürfe man den Deutschen in der Abrüstungsfrage nicht trauen. Die Deutschen seien fähig, in sechs Monaten ein Heer herauszustellen, das eine treffliche Artillerie besäße. (Hu! Red.) Der Vergeltungsgedanke sei in Deutschland nicht erloschen. Der beste Beweis sei jetzt die Haltung der Deutschnationalen zum Vertrag von Locarno.

Zum deutsch-spanischen Zollkrieg.

Berlin, 13. November. (A. W.) Der Reichsrat hat eine Erhöhung der Schutzzölle zwischen Deutschland und Spanien beschlossen, die demnächst in Kraft treten soll.

Anhaltende Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Lodz, 13. November. (A. W.) Die großen Werke von Geyer sowie der Widzewskischen Manufaktur haben am Mittwoch 2500 Arbeiter entlassen.

M 1 untergegangen.

London, 13. November. (A. W.) Es wird der Untergang des Unterseebootes M I gemeldet, dessen Besatzung 60 Mann betrug. Die Ermittlungen sind im Gange.

Faszismus und Sozialismus.

Rom, 13. November. (R.) Die faszistischen Blätter berichten, daß sämtliche Hafenarbeiter von Genua in die faszistischen Gewerkschaften eingetreten seien. „Popolo di Roma“ verlangt von der Regierung die Auflösung des großen sozialistischen Setzerverbandes.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild“: Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Verlag: „Posener Tageblatt“. Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań.

Heute erhielt ich die traurige Nachricht von dem am 6. d. Mts. infolge Unglücksfalls erfolgten Ableben meines

Junior-Chefs

Herrn Ludwig von Rose

Student der Rechte.

Ein hoffnungsvolles, blühendes Menschenleben ist mit ihm dahingegangen, dessen Verlust ich tief betrauere.

Białokosz, den 11. November 1925.

Ewald Kaufmann.

Unsere Leser und Freunde bitten wir, bei Einkäufen sich auf das Posener Tageblatt zu berufen.